

Zusammenbruch und Neubeginn 1917/1919

Nachrichten und Kommentare aus Berichten der Sächsischen Gesandtschaft in Wien zur Lage in Ungarn in der Endphase der Habsburger Monarchie und im ersten Nachkriegsjahr.

»Sächsische Gesandtschaftsberichte aus Wien in den Jahren 1917 bis 1919« — das bedarf auch für den historisch im allgemeinen gut bewanderten Leser einer näheren Erläuterung. Denn wie konnte — fast 50 Jahre nach Entstehung des Deutschen Reiches, das verfassungsgemäß die außenpolitischen Vertretungsrechte der Einzelstaaten aufhob und an sich zog — in der Hauptstadt des habsburgischen Kaiserreiches noch so etwas wie eine Gesandtschaft des Königreiches Sachsen existieren? Diese Frage muß einleitenden zu allererst geklärt werden.

Wie kaum eine Regel ohne Ausnahme gilt, so war es auch hier. Die beiden nächst Preußen bedeutendsten reichsdeutschen Gliedstaaten, Bayern und Sachsen, hatte es unter Aufwendung einiger Mühen verstanden, auch über das Reichsgründungsjahr 1871 hinaus einen schmalen Rest ihrer auswärtigen Gesandtschaftseinrichtungen sich zu erhalten. Vor allem das ohnehin mit gewissen *Reservatrechten* in der neuen Reichsverfassung ausgestattete Bayern beharrte auf seinem historischen Recht, mit einigen ihm besonders wichtig erscheinenden auswärtigen Mächten Gesandtschaften auszutauschen, so mit Österreich-Ungarn, Frankreich, dem Heiligen Stuhl in Rom, zeitweise auch Rußland u. a., aber auch das industrie- und bevölkerungsreiche, erst bei der europäischen Neuordnung von 1815 verkleinerte Sachsen konnte sich wenigstens in einem Fall einen Sonderstatus sichern, nämlich hinsichtlich seiner seit Jahrhunderten politisch und auch dynastisch recht eng und freundschaftlich verlaufenen Beziehungen zu Österreich-Ungarn.

So blieben die alteingesessene sächsische Vertretung in Wien und die österreichisch-ungarische in Dresden auch in der Zeit des von Preußen her gegründeten zweiten Deutschen Reiches bestehen, zwar mit eingeschränkten Rechten, denn die *Große Politik* lief ja nun über die Botschaft des Reiches in Wien bzw. Österreich-Ungarns in Berlin, aber dennoch nicht wenig beschäftigt mit Dingen des offiziellen und zivilen Rechts-, Wirtschaft- und Kulturverkehrs hin und her, des höfischen Zeremoniells und der beiderseitigen Dynastien, aber auch der allgemeinen Information über die im weitesten Sinn politischen Vorgänge und Probleme auf der einen und der anderen Seite.

Als mit den Jahren des Ersten Weltkriegs von den militärischen Ereignissen her, ebenso aber durch die aus vielerlei Gründen jetzt anwachsenden innenpolitischen Spannungen im Bereich der Donaumonarchie die Erkundungs- und Berichtstätigkeit der Gesandtschaft in Wien sich beträchtlich steigerte, da entstanden neben nur kurzen und rasch zusammengestellten Mitteilungen nun auch öfter ausführlichere Situations- und

Problembeschreibungen, zuweilen untermalt und abgerundet durch weit-sichtigeren Abwägungen und persönliche Meinungsäußerungen des jeweils Berichtenden.

So gewann die ganze Berichterstattung, die von Wien nach Dresden ging, an Niveau und inhaltlichem Gewicht. Das wird insbesondere von dem Zeitpunkt an deutlich spürbar, als Alfred von Nostitz die Leitung der Gesandtschaft im Spätsommer 1916 übernahm. Bis dahin in der inneren Verwaltung des Königreichs Sachsen beamtet, widmete sich der im mittleren Mannesalter stehende, dem liberaleren Flügel des sächsischen Konservatismus zuzurechnende neue Diplomat mit umsichtigem Interesse und behender Feder seinen von Wien aus wahrzunehmenden Erkundungs- und Mitteilungsaufgaben. Gegen Ende Oktober 1918 im Zuge der Kriegsausgangskrise nach Dresden zurückgerufen hinterließ Nostitz die Leitung der Gesandtschaft samt Berichterstattungsfunktion seinem Stellvertreter, dem Legationsrat Dr. B e n n d o r f, der die Geschäfte bis zur definitiven Einziehung dieser letzten diplomatischen Auslandsvertretung Sachsens um die Jahreswende 1919/1920 weiterführte. Bendorff entfaltete seinerseits eine erstaunlich umsichtige und inhaltreiche, zuweilen wiederum von persönlichen Kommentaren durchzogene Berichtertätigkeit, die nur einige Wochen im August 1919 durch Einsetzung eines Stellvertreters (Frh. Dr. von Beschwitz) unterbrochen wurde und die die ganze spannungsvolle und problemreiche Zeit von den Wochen des Zusammenbruchs der Habsburger Monarchie bis in den Dezember 1919 im Bereich der sogenannten Nachfolgestaaten (vor allem Deutsch-österreich, Ungarn, Tschechoslowakei) mit einer Fülle bald kürzer, bald breiter angelegter Meldungen, Darlegungen und Erörterungen widerspiegelt.

Was nun *Ungarn* und seine Probleme im besonderen angeht, so ist zunächst in quantitativer Hinsicht zu sagen, daß von den rund 220 Einzelstücken (700 Seiten) des abschriftlich vorliegenden Berichtmaterials insgesamt etwa ein Drittel sich auf ungarische Angelegenheiten beziehen, wozu allerdings bemerkt werden muß, daß dabei in den meisten Fällen nur mehr oder weniger große Berichtsteile (seltener einmal ein Bericht ganz und ausschließlich) sich mit Ungarn oder von Ungarn ausgehenden Wirkungen in den Nachbarräumen befassen. Was zum anderen die einzelnen zeitlichen Strecken bzw. die inhaltliche Seite der Sache betrifft, so zeigen sich dem allgemeinen geschichtlichen Verlauf gemäß in der Zeit der noch bestehenden Habsburger Monarchie direkt innerungarische Fragen berührende Texte nur in relativ großen Abständen und dann auch nur selten einmal breit und ausführlicher angelegt. Das änderte sich aber mit dem Oktober 1918, als die große Krise des Zusammenbruchs der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie anhebt. Von nun an wurde wie allgemein so auch speziell zu Ungarn eine dichte Folge bald kürzer bald breiter gehaltener Berichte produziert, die mit wenigen Schwankungen auch weiterhin, d. h. das restliche Jahr 1918 und das ganze Jahr 1919 hindurch, anhält. Wenn auch nach dem Verschwinden der alten Monarchie Wien Sitz der Gesandtschaft und damit der Beobachtungsstandort des Berichtsverfassers blieb, so war doch von da an dadurch,

daß nicht mehr die Gesamtsituation eines von Wien aus zentral regierten großen Staatssystems im Vordergrund der Aufmerksamkeit des Berichtenden stand, das Blickfeld wesentlich verändert. Beobachtet, beschrieben und beurteilt wurde nun bei ungefähr gleichmäßig verteilterm Interesse das, was sich in den Nachfolgestaaten entwickelte und so rückte — neben Deutschösterreich und der Tschechoslowakei — in der weiteren Berichtschreibung auch Ungarn an eine bevorzugte Stelle.

1

Berichte über Ungarn in der Zeit vom Frühjahr 1917 bis Ende 1918

Zu Beginn des Jahres 1917 hatte sich der sächsische Gesandte Alfred von Nostitz in seinen nach Dresden gehenden Berichten vor allem damit beschäftigt, etwas von dem Widerhall der großen Probleme und Entscheidungen, die in diesen Wochen auf den Regierungen der kriegführenden Mächte lasteten, vom Bereich Österreich-Ungarn her nachzuzeichnen. Die zwischen den Mittelmächten und den Ententemächten hin- und hergehenden Verständigungsangebote endeten bekanntlich im Januar 1917 erfolglos, ebenso die Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Präsidenten Wilson. Als Konsequenz daraus eröffnete die Militärführung des Deutschen Reiches den verschärften Ubootkrieg, der wiederum den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich nach sich zog. Regierungen und öffentliche Meinungen in Österreich-Ungarn reagierten darauf, wie auch die sächsischen Berichte zeigen, unterschiedlich, im allgemeinen zumindest skeptisch. Als dann im März noch die Nachrichten von den sozialen Unruhen und politischen Veränderungen in Rußland (Februarrevolution) hinzukamen, da waren die Interessen des von Wien aus berichtenden Beobachters so stark auf das außenpolitische Feld hingelenkt, daß die eigentlich innenpolitischen und auf einzelne Länder oder Landschaften der Donaumonarchie sich spezieller erstreckenden Fragen stark in den Hintergrund traten.

So erklärt sich auch, daß zur Lage in und um Ungarn im ersten Viertel des Jahres 1917 nicht viel zu erfahren ist. Wohl fällt hier und da einmal eine kurze Bemerkung über die Art wie in Regierungskreisen, so auch seitens des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza, die Ansichten und Bemühungen des amerikanischen Präsidenten im Januar aufgenommen wurden (vgl. Ber. v. 24. 1., wo u. a. von einer diesbezüglich *recht geschickten Reichstagsrede des Grafen Tisza* die Rede ist), von recht eigentlich *ungarischen* Dingen ist aber erst gegen Ende April Bestimmteres zu hören, nämlich insofern als das Verhalten der in Ungarn für die Ernährungswirtschaft Verantwortlichen als von dem hungernden Österreich her scharf unter die Lupe genommen beschrieben wird. Vom Berichtsort Wien her gesprochen heißt es da in einer breiter angelegten Zustands- und Stimmungsschilderung (Ber. 30. 4.) u. a. . . . »Die hier allgemein verbreitete Ansicht, daß an der mehr und mehr bedenklichen

Knappheit der Nahrungsmittel der ungarische Egoismus nicht ohne Schuld sei, wird von den Ungarn energisch bestritten. Auch Graf Tisza, den ich hierüber kürzlich zu sprechen Gelegenheit hatte, versicherte mir, daß die Masse nicht nur der österreichischen sondern auch der ungarischen Bevölkerung weit stärkere Entbehrungen tragen müsse als das deutsche Volk...« In beiden Hälften der Monarchie, so habe der ungarische Ministerpräsident weiter behauptet, gehe es zwar einer *wenig zahlreichen Oberschicht* relativ besser als es in Deutschland durchschnittlich der Fall ist, das wirke sich auf die im allgemeinen notdürftige Versorgungslage aber nicht verschärfend aus, die Brotgetreidelücke müsse aus rumänischen Vorräten ausgefüllt werden, 5 Jahre hintereinander habe Ungarn Mißernten gehabt. — Nostitz räumt demgegenüber zwar ein, daß er dem Grafen Geradheit und Offenheit seiner Worte zugestehen müsse, viele persönliche Wahrnehmungen von Beobachtern aller Art, die Ungarn genauer kennen, bezeugten aber immer wieder... »den dort herrschenden relativen Überfluß«, eine durchgreifende Rationierung der Lebensmittel habe in Ungarn nicht stattgefunden, Hindernis dabei sei u. a. der Umstand, daß der »ganze Verwaltungsapparat auf gewählten und deshalb von der agrarischen Wählerschaft abhängigen Beamten beruht...« Im gleichen Bericht wird dann weiter ausführlich von der düsteren wirtschaftlichen Lage in Österreich gesprochen und davon, daß in mehreren Industriegebieten bereits Aufruhrbewegungen zu verzeichnen seien, die als Ausdruck der Verbitterung der notleidenden ärmeren Volksschichten zu verstehen seien, in einem mährischen Industrieort seien bei Zusammenstößen *12 Tote auf dem Platz geblieben*. Die weiteren Ausführungen bringen noch Hinweise auf die Gefahr, daß solche zunächst wirtschaftlich bedingte Bewegungen leicht auch politischen Charakter annehmen könnten, zumal bei der slawischen Bevölkerung, deren untere Schichten stark unter dem Eindruck der russischen Revolution stünden; die Arbeiter-Maifeier sei durch Machenschaften der *ungarischen Opposition* in Budapest freigegeben worden, erst daraufhin habe man sich auch in Wien zur *Freigabe des 1. Mai* entschlossen.

Die innenpolitische Situation

Wir bemerken, daß nun also doch recht zentrale Probleme des inneren Bereichs nicht nur Österreichs im weiteren Sinn, sondern auch Ungarns im engeren Sinn, aufgegriffen waren. Mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Graf Tisza gab es bald wieder Anlaß, sich dem Problem Ungarn zuzuwenden.

Nach längeren Ausführungen über die »innerpolitische Situation in Österreich«, die sich »mehr und mehr unerfreulich gestalten« werde, schließt Nostitz im gleichen Bericht (30. Mai) nähere Betrachtungen zur Lage in Ungarn an: Hier stünden die Dinge, heißt es da, »kaum viel besser« als in Österreich. Der zurückgetretene »eiserne Graf«, der zudem starrer Calvinist sei, habe früher oder später der in Wien regierenden Gruppe, namentlich auch dem Kaiser und König, unbequem werden

müssen. »Im Interesse der Monarchie hätte es aber doch wohl gelegen, den Kabinettswechsel erst nach Kriegsende eintreten zu lassen — schon mit Rücksicht auf die überragende Bedeutung, die das Ausland der Persönlichkeit Tizas zuerkennt«. Die von den »katholischen Grafen«¹ geführte Opposition beruhe mehr auf persönlichem als auf sachlichem Grund, sie habe es verstanden, den »volksfreundlichen Monarchen«, der einer Wahlrechtsreform zuneige, gegen Tisza einzunehmen. »Dabei wird wohl zugeben sein, daß der König in der Sache an sich recht hat und Tizas engherziger Standpunkt auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten war. Wer indessen die ungarischen Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, wird stark bezweifeln, ob das Spiel der Opposition ganz ehrlich gemeint ist. Denn die Andrassy und Apponyi sind im Innern einer Emanzipation der nichtmagyarischen Nationalitäten, wie sie die Folge eines freieren Wahlrechts sein würde, genau so abgeneigt wie Tisza, und der alte Erfahrungssatz, daß der Ungar um eines politischen Vorteils willen alles verspricht und selbst sein Vaterland verkauft — aber nicht liefert, dürfte sich auch in diesem Falle bewahrheiten.« — Des weiteren ergeht sich Nostitz in diesem Bericht in Gedanken darüber, daß in jedem Fall nun, mit dem Ende der Tisza-Politik, von Ungarn her ein neuer Abschnitt der österreichisch-ungarischen Reichsgeschichte einsetzen könnte. Mit Hilfe eines freieren Wahlrechts könne die Alleinherrschaft der Magyaren in Ungarn gebrochen und »die Bahn für ein neues Österreich mit stark föderativem Einschlag« freigemacht werden, das dann fähig wäre, im Rahmen der Monarchie auch »die seit der russischen Revolution mehr und mehr gefährliche serbokroatische Frage einer befriedigenden Lösung zuzuführen«; bisher habe der »magyarische Egoismus« einer solchen Lösung immer entgegengestanden. Dieses letzten Endes auf den verstorbenen Erzherzog Franz Ferdinand zurückgehende Programm würde allerdings zur Durchführung »ungewöhnlich kühne und starke Männer erfordern, wie sie auch unter dem neuen Regime Österreich schwerlich aufweist«; so werde wohl alles beim Alten bleiben und möglicherweise »im Laufe der Jahrzehnte Österreich einmal Galizien an das selbständige Polen und Ungarn, Kroatien und Slawonien an eine serbokroatische Republik verlieren«; das magyarische Ungarn »wo der Unabhängigkeitsdrang gerade infolge des Krieges sehr erstarkt ist« werde sich vielleicht einmal ganz selbständig machen, der dann verbleibende Rumpf der Donaumonarchie werde sich dann zwangsläufig an Deutschland anschließen müssen.

Nachdem Graf Tisza zurückgetreten war, schienen die Regierungsverhältnisse in Ungarn von ihrer bis dahin bewiesenen Stabilität einiges einzubüßen. Schon rund 3 Monate nach dem Kabinettswechsel im Mai war auch die neue Regierung Eszterházy ablösungsreif geworden.

In einem ganz auf Ungarn eingestellten Bericht vom 23. August nahm Nostitz sich die wiederum in Bewegung geratenen Regierungsverhältnisse in Budapest in eingehender Weise vor. Um von der Origi-

¹ Gemeint sind, nach dem folgenden zu schließen, die Grafen A. G. Apponyi und G. Andrassy (Andrassy der Jüngere).

nalität dieser umfassenden Zeichnung nichts zu verlieren, sei hier eine weitgehend wörtliche Wiedergabe gestattet: »Das Kabinett Eszterházy, das die Vertreter der magyarischen Magnatenoligarchie und einen jüdischen Demokraten wie Dr. Vázsonyi unter einen Hut zu bringen trachtete, das ein freies Wahlrecht gewähren und doch die magyarische Vorherrschaft unangetastet lassen wollte, krankte von vornherein an einem inneren Widerspruch und hatte deshalb schon immer etwas nur Provisorisches an sich. Denn solchen Widerspruch auf die Dauer zu ertragen, war Eszterházy eine zu feine und vornehme Natur. Für den robusten Wekerle, der nun sein Nachfolger geworden ist, liegt die Sache anders. Er gilt nicht nur als überaus kluger und kenntnisreicher Kopf, sondern auch als ungewöhnlich geschickter Routinier. In der gegenwärtigen Situation wird ihm namentlich auch die ihm nachgerühmte Gabe zustatten kommen, alle und jeden zu belügen und an der Nase herumzuführen... Kenner der Verhältnisse glauben denn auch, Wekerle werde auch in diesem Falle seine wirklichen Absichten mit Redensarten zu verschleiern verstehen, werde sich auf diese Weise durch die Parteien hindurchschlängeln, insbesondere auch den Einfluß der ihm im Grunde unsympathischen Vázsonyi und Károlyi eindämmen und so schließlich, unter Vermeidung von Neuwahlen, ein vom magyarischen Standpunkte aus ganz erträgliches Wahlrecht zustandebringen — liberaler als das Tiszasche, aber durch allerlei Kautelen sterilisiert. Von anderer Seite höre ich freilich auch die Meinung vertreten, daß die Parole des unbedingt demokratischen Wahlrechts, nachdem sie von den Andrassy und Apponyi in ihrer blinden Tiszafeindschaft einmal in die Massen geworfen ist, im Volke schon zu tief Wurzel gefaßt habe, um sich auf die Dauer nicht doch durchzusetzen. Vázsonyi, dem auch die Ausarbeitung des Wahlgesetzes übertragen ist, sei jedenfalls nicht der Mann der Kompromisse, und er beherrsche die öffentliche Meinung wenn nicht Ungarns so doch Budapests — und damit die Straße. Die Zukunft gehöre der Linken, und die Uhr der magyarischen Oligarchie sei abgelaufen.

Daß es dahin letzten Endes einmal kommen wird, glaube ich auch. In unserem Interesse liegt es aber, daß der vielleicht unaufhaltsame Prozeß sich möglichst langsam vollzieht und nicht etwa gar noch während des Krieges Ungarn in bedenkliche Wirren stürzt. Und unter diesem Gesichtswinkel kann uns die vierte Ministerpräsidentschaft Wekerles als des zur Zeit vielleicht einzigen Politikers, von dessen Gewandtheit man eine nochmalige Konsolidierung der Verhältnisse erwarten darf — wie stark in dieser Hinsicht das allgemeine Zutrauen ist, beweist die durch seine Ernennung veranlaßte Hausse an der Budapester Börse — nur willkommen sein. Und sie kann es auch in noch andrer Beziehung. Man sagt, daß in zwei Punkten Wekerle jedenfalls ehrlich sei: in seinem überzeugten Bekenntnis zur bestehenden österreichisch-ungarischen Realunion im Sinne des 1867-er Ausgleichs und in seinem ebenso überzeugten Eintreten für das politische und wirtschaftliche Zusammengehen mit Deutschland. Das deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsbündnis und im Zusammenhang damit der mitteleuropäische Gedanke und anderseits namentlich auch der langfristige österreichisch-ungarische Ausgleich

haben an ihm einen erklärten Anhänger.« — Am Schluß dieser Betrachtungen wird dann noch gesagt, man habe in Ungarn weithin damit gerechnet, daß Graf Andrassy der Nachfolger von Eszterházy in der Ministerpräsidentenschaft sein würde; gescheitert seien die diesbezüglichen Ambitionen von A. aber »an dem energischen Widerspruch des Grafen Czernin und der beiden anderen gemeinsamen Minister, die von ihm eine bedenkliche Einmischung in die auswärtige Politik und sonstige gemeinsame Angelegenheiten befürchtet« hätten. Auch habe mitgesprochen, daß Tisza und die Arbeitspartei auf einen viel schärferen oppositionellen Kurs gegangen wären, wenn statt Wekerle, der eigentlich niemals »Parteimann« gewesen sei, Andrassy Regierungschef geworden wäre.

Von dem problematischen Verhältnis zwischen dem gemeinsamen Außenminister, Grafen Czernin, und führenden Ungarn ist noch einmal die Rede, als Nostitz am 3. Oktober eigens über die zahlreichen Gegner des Außenministers in Österreich wie Ungarn berichtete. »Die ungarische Gegnerschaft... ist an sich wohl die noch gefährlichere« heißt es da; und wieder wird Graf Andrassy besonders als Czernin-Gegner herausgestellt, wobei auch von seiner »politisierenden Frau« gesprochen wird. Im übrigen ging das Berichtsjahr 1917 zu Ende, ohne daß ungarische Probleme nochmals in den Mittelpunkt rückten. Beiläufig wird allerdings vermerkt, daß die im Spätherbst 1917 in Wien und Budapest lebhaft erörterte austropolnische Frage bei Regierung und Opposition in Ungarn grundsätzlich im Sinne allgemeiner Zustimmung zu dem vorgelegten austro-polnischen Plan behandelt worden sei; ungewiß sei allerdings wie sich Dr. Wekerle gegenüber den »von uns zu fordernden Garantien« bei diesem Polen-Plan stellen würde und von dem links-oppositionellen Grafen Károlyi heißt es, er habe zwar nichts gegen die Personalunion mit Polen einzuwenden, doch spiele er im übrigen gegenüber Deutschland die von ihm schon bekannte Rolle des »enfant terrible«, kritisiere heftig den Ubootkrieg u. a. m. (Ber. v. 23. November und 7. Dezember).

Das Jahr 1918

Das Jahr 1918 begann in Österreich-Ungarn bekanntlich mit einer starken innere Erschütterungen hervorrufenden Streik- und Protestbewegung der Industriearbeiterschaft, die vor allem in und um Wien bis dahin in der Monarchie unbekannt große Ausmaße annahm. Ursächlich betrachtet standen diesmal nicht allein — wie vorher bei solchen Vorkommnissen fast immer — die äußerst mißlichen Zustände im ernährungswirtschaftlichen Bereich im Mittelpunkt des Geschehens, sondern fast noch mehr handelte es sich um eine Protestbewegung gegen die Art wie die seit Dezember angelaufenen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk von den Mittelmächten gegenüber dem friedenswilligen revolutionierten Rußland — Hauptanstoß waren die von reichsdeutscher Seite kommenden expansionistischen Forderungen, die den Friedensschluß ernstlich zu gefährden schienen, — geführt wurden.

In dichter Folge und mit breiten Ausführungen sowie unter Beifügung vielseitigen einschlägigen Pressematerials gingen die Berichte der sächsischen Gesandtschaft auf die spannungsgeladene Streiksituation ein. Dabei zeigt sich, daß zwar die österreichische Hauptstadt samt den Industrieorten in ihrer weiteren Umgebung am meisten betroffen war, daß aber auch in Budapest in diesen Tagen Demonstrationen und Kundgebungen im Zusammenhang mit Brest-Litowsk zu verzeichnen waren. »In Budapest haben in letzter Zeit mehrfach Demonstrationen gegen das Deutsche Generalkonsulat stattgefunden, und es wird behauptet, daß der jetzigen Regierung, die ja zur Károlyi-Partei in naher Beziehung steht, diese Demonstrationen nicht so ganz unwillkommen seien.« So hieß es in einem der Nostitz-Berichte am 16. Januar, der sich an sich mit der Lage in Wien befaßt. Abschließend wird dort noch ausgeführt, daß »das Stocken der Brest-Litowsker Verhandlungen« auch von der bürgerlichen Presse eifrig kommentiert werde, wobei ebenso die »anmaßenden Propagandareden Trotzki« wie gewisse Äußerungen des deutschen Generals Hoffmann eine mehr oder minder scharfe Kritik erfahren hätten. Als Belegstück hierzu wurde u. a. der Artikel »Die Friedenskonferenz in Brest-Litowsk« in »Pester Lloyd« vom 14. 1. 1918 beigelegt. — Am 21. Januar hieß es im Rahmen eines weiteren die nunmehr abflauende Streikbewegung nach vielen Seiten hin beleuchtenden Berichtes, daß auch in Ungarn »die Ordnung wiederhergestellt« sei; bei dem relativ geringen Umfang der ungarischen Industrie sei die Lage von vornherein »weniger ernst« gewesen, in Budapest hätten offenbar auch die »Maschinengewehre, die an den verkehrsreichsten Plätzen aufgestellt waren, zur Abkühlung der politischen Erregung beigetragen«.

Bald nachdem diese von der Industriearbeiterschaft ausgehende innere Krise überwunden war, war von einem weiteren gefährlichen Erdbeben im Gefüge der Monarchie zu berichten, nämlich von dem Matrosenaufstand in der österreichisch-ungarischen Kriegsflotte in der Bucht von Cattaro, in den ersten Februartagen, dem etwa eine Woche früher bereits ein Streik der Arbeiter im See-Arsenal zu Pola vorausgegangen war. Über die dramatischen Vorgänge bei den Matrosenmeutereien ging ein ausführlicher Sonderbericht nach Dresden (Ber. 19. 3. 18.), wobei im Begleitschreiben von Nostitz auch von den nach diesen Ereignissen erfolgten Neubesetzungen in wichtigen Stellen der Seekriegsführung die Rede ist, so auch von der Ernennung des »bisherigen Linienschiffskapitäns Horthy zum Flottenkommandanten«.

In den weiterhin aus der ersten Jahreshälfte 1918 vorliegenden Berichten wurde aber vor allem die Rolle Ungarns innerhalb der Donaumonarchie sowie die ungarische Haltung in der Frage des Zusammengehens mit Österreich in dem Kriegsbündnis mit dem Deutschen Reich beleuchtet. Die dazu sehr aufschlußreichen Texte seien in den wichtigsten Passagen wieder weitgehend wörtlich angeführt. Im Bericht vom 17. Mai schrieb Nostitz:

»Die ungarischen Emanzipationsbestrebungen beschränken sich keineswegs auf das wirtschaftliche Gebiet; sie greifen auch auf das staatspolitische über. In dieser Hinsicht sind namentlich die Bestrebungen zu-

gunsten der selbständigen ungarischen Armee, die bei der Krone neuerdings ein bedenkliches Entgegenkommen gefunden haben, bedeutsam. Auch eine rein gefühlsmäßige Abneigung gegen alles Österreichische spricht mehr und mehr mit; sie fällt umso stärker ins Gewicht als die persönliche Anhänglichkeit an den gemeinsamen Monarchen nicht mehr die gleiche Rolle spielt wie in früheren Zeiten. Über die Notwendigkeit mit Österreich und Deutschland auch weiterhin politisch zusammenzugehen sind sich aber mit Ausnahme des Demagogen Grafen Károlyi alle maßgebenden magyarischen Politiker gleichwohl klar; — das gilt vor allem auch vom Grafen Tisza, der, ob Minister oder nicht, nach wie vor Ungarns stärkster politischer Kopf bleibt. Ein Abrücken namentlich auch von Deutschland ist für die in Ungarn zur Zeit herrschende Schicht schon der südslawischen Gefahr wegen, der sie dann völlig isoliert gegenüberstünde, kaum denkbar, daran werden auch gelegentliche Verstimmungen nichts ändern. Ich halte es deshalb wohl für möglich, daß das staatsrechtliche Verhältnis auch zwischen einem noch magyarischeren Ungarn und Österreich im Laufe der Jahre eine wesentliche Veränderung oder gar eine Lösung erfährt und daß dann an Stelle der staatsrechtlichen bloß völkerrechtliche Bindungen treten. Eine fundamentale Erschütterung unseres Bündnissystems würde aber das meines Erachtens noch nicht bedeuten. Was freilich geschieht, wenn in Ungarn die magyarische Herrschaft einmal gebrochen werden sollte — das ist eine anderer Frage. Fürs erste ist vielleicht mit dieser Gefahr noch nicht zu rechnen. Aber an den dauernden Bestand eines politischen Systems, das sich, wenn man die Dinge beim rechten Namen nennen will, dann doch wesentlich auf Ungerechtigkeit und Vergewaltigung gründet, glaube ich trotz des in Deutschland viel bewunderten ‚magyarischen Staatsgefühls‘ nicht; — wir leben nun einmal nicht mehr im Mittelalter...«

Stärker noch als in diesem kam in einem Bericht vom 22. Juni zum Ausdruck, daß das bestehende Bündnis mit dem Deutschen Reich in Ungarn mit geteilten Meinungen angesehen wurde. Bedingungslos zustimmend verhielte sich, so heißt es da, überhaupt keiner der führenden ungarischen Politiker. Zwar hätten sich Graf Tisza und Ministerpräsident Wekerle von den deutschfeindlichen Reden des Grafen Károlyi distanziert und sich »in warmen Worten für die politische und wirtschaftliche Annäherung an Deutschland ausgesprochen«, gleichzeitig aber betont, daß eine solche Annäherung »nur bei restloser Wahrung der ungarischen Selbständigkeit und bei völliger Sicherstellung der agrarischen Interessen Ungarns denkbar« sei. Dabei hätten beide Politiker die jüngsten Auslassungen des deutschen Vizekanzlers von Payer über die Bündnisfrage als für Ungarn unannehmbar bezeichnet. »Lebhaften Protest gegen die Payer-sche Auffassung« habe es kürzlich auch bei der Generalversammlung des ‚Bundes der ungarischen Fabrikindustriellen‘ gegeben; ein Wirtschaftsbandnis mit Deutschland käme für die ungarischen Industriellen nur in Frage, wenn die Entwicklung der Industrie in Ungarn sichergestellt sei; nicht nur eine Zollunion, sondern sogar Präferenzzölle seien von der Versammlung abgelehnt worden. — Dieser Bericht schließt mit dem Hinweis, daß das »geplante Wirtschaftsbandnis«

vor einigen Tagen mit ähnlichen Argumenten wie in Ungarn auch von der Handelskammer in Prag kritisiert worden sei².

Die Sorgen und Zweifel um eine Erneuerung bzw. weitere Verengung des Bündnissystems zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, wie sie vielerorts in Österreich-Ungarn sich in diesen Sommerwochen 1918 bemerkbar machten, blieben indessen angesichts der von den Ereignissen an den Kriegsfrenten her diktierten Lage ein offenes Problem, das schließlich von der auf den allgemeinen Zusammenbruch der Mittelmächte hinsteuernden Entwicklung überrollt wurde. Die fehlschlagende deutsche Offensive im Westen, der Einsturz der bulgarischen Front im Süden — drohend erhob sich das Gespenst der allgemeinen Niederlage über alle neu anzusetzenden Sichtungen und Planungen im innen- und außenpolitischen Feld der verbündeten Monarchien Mitteleuropas. Gegen Ende September/Anfang Oktober wurde — wie auch aus unseren Berichten zu erkennen ist — von der Regierung in Ungarn der Zeitpunkt als erreicht angesehen, da man sich zu der nicht mehr aufzuhaltenden allgemeinen militärischen Niederlage der Mittelmächte bekennen mußte. In seinem Bericht vom 3. Oktober schrieb Nostitz, er müsse seine letzten auf »Informationen der Deutschen Botschaft« beruhenden Bemerkungen, daß die »Ungarn auf Gedeih und Verderb zu Deutschland« hielten, korrigieren. Aus zuverlässiger Quelle wisse er, daß »im Gegenteil Wekerle den Budapester Pressevertretern am vergangenen Sonnabend mitgeteilt hat, die Mittelmächte seien verloren, sofortiger Friedensschluß sei geboten, Deutschland aber das Hindernis«. In Budapest herrsche allgemein »defaitistische Stimmung« und »Erbitterung gegen Deutschland«. Graf Burian, Nachfolger des Grafen Czernin als Außenminister, habe telefonisch Wekerle darob zur Rede gestellt, der aber habe seine defaitistischen Äußerungen nun nicht mehr wahr haben wollen. Inzwischen zugleich in Wekerles Namen an Deutschland gerichtete beruhigende Erklärungen des österreichischen Außenministers entbehrten jedenfalls zuverlässiger Grundlagen.

Wie die in Wien und Budapest führenden Politiker sich auch mühen, den bündnisfrommen Schein gegenüber den in der Donaumonarchie amtierenden deutschen Diplomaten zu wahren, so ließen doch die sich im Laufe des Oktober überstürzenden Ereignisse an den militärischen Fronten nicht mehr viel Raum für künstlich vorgetäuschte außenpolitische Erklärungen übrig. Zur allgemeinen Stimmungslage in Wien und Budapest berichtete Nostitz am 6. Oktober u. a.: ... »Der Pessimismus auch der deutschnationalen Kreise kennt jetzt hier kaum noch Grenzen; und ebenso scheint es in Ungarn zu stehen. Ein wenig Schadenfreude, daß es uns, die wir bisher immer auf dem hohen Pferd gesessen und auf die Verbündeten herabgesehen, nun auch einmal schlecht geht, läuft dabei wohl fast überall mit unter. Vielfach, und leider gilt auch das von

² Diskussionen um ein neu zu fassendes Militär- und Wirtschaftsbündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn waren besonders durch diesbezügliche Erörterungen bei einem Zwei-Kaiser-Treffen im deutschen Hauptquartier Mitte Mai 1918 in Gang gekommen.

Ungarn, scheint sich aber die gegen Deutschland herrschende Mißstimmung zu förmlicher Erbitterung zu steigern...« —

Besonders bedrohlich wurden *die* Probleme Ungarns, die sich in Richtung der südslawischen Völker schon seit langem entwickelt hatten und die nun, mit dem Zusammenbruch der Balkanfronten und der spontanen Erhebung der am Beginn des Krieges geschlagenen Serben, wie unheil-düstere Wetter im Süden der Monarchie, d. h. an den ungarischen Staatsgrenzen, heraufzogen. Von diesen Bedrängnissen berichtete der sächsische Gesandte am 7. Oktober, nachdem er von »besorgniserregenden Nachrichten«, die aus Böhmen kämen, gesprochen und dabei u. a. mitgeteilt hatte, daß die Lage in Böhmen noch dadurch kompliziert würde, weil jetzt »die ungarischen Truppen, die in Böhmen bisher die Ordnung aufrecht erhalten haben« mindestens teilweise weggezogen werden müßten. Weiter heißt es dann: »Das südslawische Problem, das ja in noch ganz anderem Sinne als das böhmische über die Grenzen der Monarchie hinausgreift und deshalb von vornherein bedrohlicher ist als jenes, nimmt erst recht immer ernstere Gestalt an. Denn da nunmehr, nach dem bulgarischen Niederbruch und dem neuerlichen Friedensangebot der Mittelmächte, damit zu rechnen ist, daß das Königreich Serbien in womöglich noch vergrößerter Gestalt und mit gestärktem Einfluß aus dem Kriege hervorgeht, ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, die österreichischen Südslawen wenigstens in ihren Ansprüchen auf nationale Autonomie zu befriedigen, wenn anders man sie im Rahmen der Monarchie halten will. Wie solche Befriedigung aber bei dem intransigenten Standpunkt der Ungarn geschehen soll, ist noch immer unklar; und das Verlangen namentlich auch der bosnischen Serben nach dem künftigen außerösterreichischen Großserbien tritt immer klarer zu Tage: Das hat auch Graf Tisza bei seiner von mir schon letzthin erwähnten Reise durch die annektierten Provinzen erfahren müssen.« —

Das Ende der Doppelmonarchie

Wie eingangs schon angedeutet übernahm wegen Abberufung des Gesandten von Nostitz nach Dresden in den späteren Oktobertagen 1918 dessen Stellvertreter Dr. Benndorf— vorerst kommissarisch — die Leitung der Gesandtschaft, weshalb die Berichte, die nach Dresden abgingen, von nun an auch von diesem — später offiziell bestätigtem — Nachfolger abgefaßt und gezeichnet wurden. Im Zusammenhang mit den sich gegen Ende Oktober hin dramatisch zuspitzenden politischen Ereignissen produzierte Benndorf, der nicht weniger als Nostitz über vielseitige persönliche Kontakte und Nachrichtenquellen verfügte, vorerst eine ungewöhnlich dicht aufeinanderfolgende Serie von Berichten, die allerdings, in politisch äußerst bedrängter Situation geschrieben, zuweilen die einzelnen Berichtsinhalte sehr knapp, persönlich distanziert und weniger geruhsam abwägend als bei Nostitz darbietet.

So wurden am 24. Oktober eine Menge einzelner knapp gefaßter Neuigkeiten zusammengestellt, davon manches auch über Ungarn: Die

Slowakei den Tschechen zu überlassen, seien die Ungarn »jetzt völlig bereit«; allgemein seien die Ungarn »recht kleinlaut geworden, seit die Wilson'sche Antwort auf die Burian'sche Note eingegangen und die Nachricht vom türkischen Sonderfrieden gekommen« sei. Sie fürchteten einen rumänischen Angriff. (General von Cramon: Ein starker Angriff dürfte wohl, zunächst wenigstens nicht möglich sein, weil Rumänien wahrscheinlich zu wenig Munition habe)... Man befürchte serbischen Einbruch in Bosnien... »von Herrn von Ortlieb, dem bosnischen ‚Holzkönig‘ erfuhr ich, daß serbische Banden unter Führung italienischer Offiziere bereits in Bosnien eindringen (telegr. Nachricht vom 23. Oktober)... Sarajevo und andere Orte sind bereits evakuiert worden... O. hält die Vereinigung Bosniens mit Serbien für sicher... Nach Mitteilung des Obersten v. Hofmann stehen die Serben bereits mit schwachen Spitzen an der Donau. In Serbien befänden sich sechs deutsche Divisionen..., während nur ganz unbedeutliche österreichisch-ungarische Streitkräfte noch dort wären...« — Von Mitgliedern der österreichischen Nationalversammlung erfuhr Benndorf noch, daß Besprechungen mit den Südslawen »durchaus aussichtsvoll« im Gange seien, Triest solle aufgegeben werden, ebenso das slowenische Gebiet, die richtige Abgrenzungslinie zu ziehen werde freilich sehr schwierig sein... Schließlich fügte B. noch einige Zeitungsartikel bei, die sich »auf die Vorgänge in Fiume« und »die Demission des Kabinetts Werkerle« bezogen. Schlußbemerkung: »Die Ereignisse in Ungarn haben hier (d. h. in Wien — A. O.) merkwürdigerweise vielfach Überraschung hervorgerufen.«

In den Tagen von Ende Oktober/Anfang November vollendete sich bekanntlich, was leise und allmählich im Laufe der Kriegsjahre sich abahnend, dann seit September 1918 immer deutlicher hervortretend, sich mit vielerlei Anzeichen angekündigt hatte: Die Auflösung des von Jahrhunderten geprägten Habsburger Reiches, der Zerfall der Donau-Doppelmonarchie in eine Reihe von Staaten, die sich überraschend schnell aus den nationalpolitischen Bewegungen in den verschiedenen Hauptregionen herausbildeten.

Wie sich in diesen Tagen die große Wandlung vollzog, das spiegelt sich — freilich nicht in allen Einzelheiten und z. T. auch nur bruchstückartig, aber doch in vieler Hinsicht recht eindrucksvoll — in den sächsischen Berichten aus Wien. Über eine Woche lang gingen solche fast täglich nach Dresden, wurde von dem Nostitz-Nachfolger aufgezeichnet und mitgeteilt — teils mit teils ohne Kommentar — was aus der Flut der Ereignisse in der Eile bemerkt und mehr oder weniger gründlich erkundet werden konnte. Der den sächsischen Interessen räumlich besonders nahe stehende tschechisch-deutschböhmische Bereich trat dabei zwar um ein wenig in den Vordergrund, doch spielten die Konstituierung eines neuen deutsch-österreichischen Staates wie auch die Vorgänge in und um Ungarn eine annähernd gleich wichtige Rolle.

In Benndorfs Bericht vom 25. Oktober ist zunächst ausführlicher von dem Wechsel im Amt des Außenministers — statt Graf Burian nun Graf Andrassy — die Rede; Meinungsverschiedenheiten zwischen Burian und der »bisherigen Budapester Regierung über die südslawische Frage«,

eine gesteigerte Opposition gegen Burians Politik »nochgerade durch alle Nationalitäten und Parteien« wie sie besonders im Zuge der an das »offenbar zu spät erlassene kaiserliche Manifest« anknüpfenden Delegationsverhandlungen offen zu Tage getreten sei, das — und noch andere hinter den Ereignissen herhinkende Neuerungsvorschläge Burians — wird zur Motivierung des Führungswechsels im gemeinsamen Außenministerium angeführt. Der neue Außenminister, Graf Andrassy, sei der »Schwiegervater des Grafen Károlyi, des Führers der radikalen Unabhängigkeitspartei Ungarns«; soeben sei Andrassy aus der Schweiz zurückgekehrt, wo er mit »Vertretern der Entente in enger Fühlung gestanden« habe. Sein Programm beruhe auf diesen Entente-Gesprächen, es setze den »Bestand der in der Monarchie neu konstituierten ‚Staaten‘ voraus«. Zu Ungarn im besonderen heißt es dann weiter: »Die Tatsache, daß Kaiser Karl fast zu gleicher Zeit mit der Ernennung des Grafen Andrassy die Vorschläge des Kabinetts Wekerle genehmigt hat, wonach die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Ungarns außer in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht auch in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten völlig sichergestellt wird, läßt freilich den Schluß zu, daß dem Grafen Andrassy vielleicht nur die Rolle eines Liquidators zgedacht ist... Als Nachfolger des Ministerpräsidenten Wekerle wird in erster Linie Graf Károlyi genannt. Neben ihm kommt vor allem Graf Hadik in Frage, der die Wünsche der ungarischen Sozialdemokraten in allen wesentlichen Punkten ausdrücklich als berechtigt anerkannt hat. Sicher ist jedenfalls, daß die Opposition, die unter Führung Károlyi's das Kabinett Wekerle gestürzt hat, ein demokratisches Kabinett zu schaffen beabsichtigt, in dem nicht nur die Magyaren, sondern alle ungarischen Nationen vertreten sind. Damit hofft man die erstrebte Fortdauer der Integrität Ungarns mit den Wünschen Wilsons in Einklang zu bringen.«

Zwei Tage später, am 27. Oktober, ging wieder ein Bericht, der sich ausführlicher auch mit der Entwicklung in Ungarn befaßt, von Wien nach Dresden. Noch immer sei, so heißt es da, die Frage einer Neubildung des Kabinetts ungewiß, ein Versuch dazu seitens des Grafen Károlyi sei vorerst gescheitert, es sei aber inzwischen vonn der Károlyi-Partei, den Sozialdemokraten und der bürgerlich-radikalen Partei ein »Ungarischer Nationalrat« geschaffen worden. Dieser verlange »die Anerkennung der neu entstandenen österreichischen Nationalstaaten«, deren Lebensansprüche »das unabhängige Ungarn« anerkenne und mit denen es in ein »inniges wirtschaftliches und politisches Bündnis treten« wolle; alle ausländischen Regierungen seien von dem neuen Nationalrat aufgefordert »in sämtlichen auf Ungarn bezüglichen Fragen eine unmittelbare Verbindung mit dem Nationalrat zu suchen«. — Zu diesen Vorgängen bemerkt Benndorf: »Daß Graf Károlyi, der Ententefreund und erklärter Feind des Deutschen Reiches, der hervorragende Verfechter der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Ungarns, plötzlich ein inniges Bündnis mit den neuen österreichischen Staaten, insbesondere auch mit Deutsch-Österreich, wünscht, dürfte sich aus der Befürchtung erklären, daß zu der Schwächung Ungarns durch die nun doch wohl zu erwartende... Abtrennung der Slowakei, Kroatiens und eines Teils von Siebenbürgen und

der rumänischen Gebiete noch die völlige Isolierung Ungarns treten würde, — eine Gefahr, mit der man ja allerdings in Ungarn im Hinblick auf die Abneigung der Slawen gegen das Magyarentum und weiter auf die Tendenz eines Anschlusses Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich wohl sehr ernstlich zu rechnen hat.«

Die Mitteilungen zur Lage in Ungarn wurden bereits einen Tag später (28. 10.) fortgesetzt; wörtlich heißt es da: »In Ungarn ist die Stimmung für völlige Abkehr vom Deutschen Reich, die bisher nur in chauvinistischen Artikeln radikaler Blätter gefordert worden ist, stark im Wachsen begriffen. An der Spitze der Bewegung steht Graf Michael Károlyi, der augenblicklich die einflußreichste Persönlichkeit Ungarns sein dürfte und trotz seines ersten vergeblichen Versuchs, ein Kabinett zu bilden . . ., nun möglicherweise zum zweiten Mal mit dieser Aufgabe betraut werden wird, wie wenigstens daraus geschlossen werden kann, daß der heute zum *homo regius* bestellte Erzherzog Josef engste Fühlung mit ihm hält. — Károlyi fordert angeblich, daß die Monarchie, jedenfalls aber Ungarn, sofort Frieden macht und sich an die Entente anschließt. Dem gemeinsamen Minister des Äußern, Grafen Andrassy, ist es, wie mir der Botschafter Graf Wedel mitteilte, nur mit Mühe gelungen, diese Forderung zurückzudrängen. Um Schlimmeres zu vermeiden, hat sich Andrassy schließlich zu der dem königlichen Ministerium heute telefonisch mitgeteilten Fassung der Antwort an den Präsidenten Wilson entschlossen³. Ob Wilson für die in der Antwort ausgedrückte Auffassung Verständnis zeigen wird, wird hier freilich im Hinblick auf die Forderungen der Wilson'schen Note vom 18. d. M. vielfach für recht zweifelhaft gehalten« . . .

Was die Neugestaltung der Regierungsverhältnisse in Ungarn betrifft, so meldete Benndorf am 30. Oktober, daß nun Graf Hadik designierter Ministerpräsident geworden sei; er habe sich »der Kontrolle des Ungarischen Nationalrates unterstellt und das Károlyi'sche Programm angenommen«. Tatsächlich war also doch Károlyi der mächtigste Mann im Staat. Das geht des Näheren auch aus einem Telefonbericht Benndorfs vom 1. November, der abschriftlich zu den Akten genommen wurde, hervor, wo es heißt: »Der auf völlig demokratischer Grundlage gebildete ungarische Nationalrat unter Vorsitz des Grafen Károlyi hat die gesamte Regierungs- und Vollzugsgewalt übernommen. Kaiser Karl hat dem Grafen Károlyi die militärische Gewalt zur Verfügung gestellt. Der ungarische Nationalrat erklärt Ungarn für vollkommen unabhängig und erkennt das Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten an«.

³ Die telefonische Durchsage des Textes dieser Antwortnote nach Dresden ist durch eine handschriftliche Notitz in den Akten des sächsischen Außenministeriums bezeugt; der Text der Note, mit der einerseits die Selbständigkeitsrechte der Tschechen und Südslawen wie Wilson sie forderte anerkannt wurden und andererseits um sofortigen Waffenstillstand sowie die Einleitung von Friedensverhandlungen »ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten« gebeten wurde, ist in dieser Aktennotitz vollständig aufgenommen und zwar mit dem Datum vom 28. Oktober 1918.

Damit war in den inneren Verhältnissen Ungarns ein völlig neuer Kurs eingeleitet. Nach außen hin, in den territorialen und Grenzziehungsfragen, war hingegen alles im Fluß. Was an knappen Mitteilungen dazu sich in den sächsischen Berichten dieser Tage findet, ist eingestreut in ausführlicher über die Situation in Wien bzw. Deutsch-Österreich informierende Darstellungen. So hieß es am 30. Oktober kurz: »Kroatien, Slawonien und Dalmatien haben sich von Ungarn und Österreich losgesagt und Vereinigung der Südslawen vom Isonzo bis zum Wardar erklärt. In Kroatien Plünderungen und Brandstiftungen durch organisierte Fahnenflüchtige.«

Weiter war im Bericht vom 31. Oktober zu vernehmen: »Die Gestaltung des südslawischen Staates schreitet fort. Die südslawische Nationalregierung hat die Verwaltung der Bahnen der südslawischen Gebiete übernommen. Die südslawischen Truppen haben sich ihr zur Verfügung gestellt. Fiume ist dem südslawischen Staat einverleibt worden, wodurch Ungarn seinen einzigen Zugang zum Meer verloren hat. Kaiser Karl hat die österreichisch-ungarische Flotte, die Marineanstalten und alles Marineigentum dem südslawischen Nationalrat übergeben, wobei er den Offizieren freigestellt hat, auf der Flotte auch weiterhin Dienst zu tun.«

Am 1. November gab es außer dem oben angeführten noch einen zweiten von Wien nach Dresden gehenden Telefonbericht, aus dessen Niederschrift hier folgende kurze Sätze hervorzuheben sind: »Es bestätigt sich, daß Engländer in Laibach eingerückt . . . Graf Tisza ermordet. Graf Károlyi ungarischer Ministerpräsident«; und am 2. November wurde — wiederum telefonisch u. a. gemeldet: »Ungarischer Nationalrat hat den ungarischen Fronttruppenteilen Waffenstreckung befohlen.« Im gleichen Telefonbericht wurde hingegen die Meldung vom Vortage, daß die Engländer in Laibach einmarschiert seien, dementiert. —

In mancher Hinsicht ist der Art der Berichtsabfassung in diesen Tagen der großen Zusammenbrüche und Verwandlungen anzumerken, daß die Situation in Wien und auch die Stimmung in der Gesandtschaft selbst doch recht ungewiß, ja beängstigend gewesen sein muß. Im Bericht vom 1. November wurde sogar von ‚Abreise der deutschen Gesandtschaften‘ gesprochen, dann wieder von Ausweichen in die Schweizer Gesandtschaft für den Fall, daß Ententetruppen sich Wien nähern würden. Schließlich blieb aber alles im gewohnten Geleise und auch die Abfassung der Berichte wurde fortgesetzt. So gab es am 8. November ausführliche Mitteilungen von einem Gespräch Dr. Benndorfs mit dem Staatssekretär für Auswärtiges im neuen deutsch-österreichischen Kabinett, Viktor Adler, und bald darauf, nach Adlers plötzlichem Hinscheiden, von Verhandlungen über sächsisch-böhmische Angelegenheiten mit dem Unterstaatssekretär Dr. Bauer. Überhaupt stand bei den im November/Dezember wieder in größeren Abständen entstandenen Berichten der sächsischen Gesandtschaft das Problem Deutschböhmen/Tschechoslowakischer Staat beherrschend im Zentrum der Erörterungen und Meldungen. Von Ungarn ist erst kurz am 12. Dezember im Zusammenhang mit neuen Bündnisplänen im Donaauraum wieder die Rede, wobei es u. a.

heißt, in »Wien denkt man vorwiegend an ein Bundesverhältnis, dem der tschechoslowakische Staat, nolens volens Ungarn und Deutschösterreich« anzugehören hätten; in Prag hingegen erwäge man Ideen um einen großslawischen Bund von ‚Saloniki bis Danzig‘, dem eventuell auch Ungarn, Deutschösterreich und Rumänien beitreten könnten.

Solchen traumhaft anmutenden Gedanken stand indessen eine rauhe Wirklichkeit gegenüber. Ein Bericht vom 13. Dezember brachte dies deutlich zum Ausdruck: »Während man sich im ehemaligen Habsburger Reich mit den Bündnisplänen befaßt, über die ich in meinem Bericht... vom 12. Dezember gesprochen habe, dauern zwischen eben den Völkern, die man verbünden will, erbitterte Bürgerkriege fort«, so hieß es einleitend und in Fußnoten dazu wurde dann näher auf diese verworrene Situation eingegangen: »Auf 9 ‚Kriegs‘-schauplätzen, wo Tschechen gegen Magyaren und Deutschösterreicher, Südslawen gegen Magyaren, Deutschösterreicher und Italiener, Polen gegen Ruthenen, Ungarn gegen Magyaren, und neuerdings auch Deutschösterreicher gegen Magyaren kämpfen... die Operationen der ungarischen und tschechischen Truppen in der Slowakei haben stellenweise vollkommen die Form des ordentlichen Krieges angenommen, — ohne daß übrigens dadurch der diplomatische und sonstige Verkehr zwischen Ungarn und Tschechen beeinflusst würde. Über den Verlauf der ‚Gefechte‘, über ‚Eroberungen‘, Verluste und Gefangenzahlen veröffentlicht die ungarische Regierung regelrechte Kriegsberichte«. In Fortsetzung des Haupttextes dieses Berichtes hieß es dann weiter: »In diesen ‚Kriegen‘ sind bisher Deutschösterreicher und Magyaren allenthalben unterlegen. Die Deutschösterreicher unterliegen, weil sie wehrlos sind oder nur schwache und ungenügend bewaffnete Bürgerwehren einer gut gerüsteten Übermacht gegenüberzustellen haben. Der Magyare aber unterliegt, trotz Abwehr der slawischen Angreifer durch beträchtliche Mengen regulärer Truppen, offenbar infolge deren Demoralisation und der Planlosigkeit ihrer Führung.« — Was in eben diesem Bericht weiterhin über Ungarn gesagt wird, dürfte wegen seiner für die zeitgenössische Stimmungslage und Meinungsbildung aussagekräftigen Darstellungsweise wiederum eine volle wörtliche Wiedergabe rechtfertigen:

»Vom Krieg wird kein Staat so schwer wie Ungarn mitgenommen, kein anderes Volk so tief gestürzt wie die Magyaren. Die endliche Vernichtung der Magyarenmacht betrachten alle die vielen Völkerschaften rings um Ungarn als ein höchst wohltätiges Zerstörungswerk des Krieges. Ihrem tiefen Haß gegen die Magyaren ist genug getan, dem Hasse gegen die abscheuliche Pseudokultur der Magyaren, gegen ihre brutale Plutokratie und ihre verlogene Politik mit ihren ungeheuerlichen Aspirationen. Die schwachen Sympathien, die der Magyare hie und da bei Einzelnen im deutschen Österreich noch genoß, hat nun der Kriegsschluß auch verlöscht. So leicht wird niemand hier vergessen, daß man in Ungarn durch alle die Jahre Überfluß an Lebensmitteln hatte, Deutschösterreich aber hungern ließ und so der Zermürbungsarbeit der Northcliff —

Presse⁴ goldene Brücken baute, — daß der Ungar Andrassy als K. u. K. Minister des Äußeren durch das Friedensangebot vom 28. Oktober mit seiner offenen Abkehr vom Deutschen Reich die Verheerung vollendete, die das unglückselige Manifest vom 16. Oktober mit seiner Proklamation des Föderalismus begonnen hatte, — und daß schließlich der Ungar Károlyi, Andrassys Schwiegersohn, durch den Befehl an die ungarischen Truppen, die Waffen zu strecken, die Front im Süden zerschlagen hat, die sonst nach den restlos übereinstimmenden Berichten der heimkehrenden Soldaten durchaus gehalten hätte, was wohl glaubhaft ist, da ja sogar die zersetzenden Wirkungen des Manifestes an den Frontsoldaten glatt abgeprallt waren (womit die Front gewiß ihre härteste Probe bestanden hat).

Nun, ohne das kaiserliche Manifest, das ja, wohlgermerkt, die Vonselbständigkeit der Völker und den Föderalismus in blinder Halbheit unbeschadet der Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone⁷ herbeizuführen gedachte und dabei unversehens das habsburgische Reich zertrümmerte, — ohne dieses Manifest, ohne Andrassys Sonderfriedensangebot und ohne Károlyis Machenschaften wäre die magyarische Hoffnung auf die Integrität Ungarns wohl weniger aussichtslos. Soweit sich indessen heute die Lage überblicken läßt, wird Ungarn an die Tschechen, die Rumänen, die Kroaten und die Serben wohl an zwei Drittel seines Landes verlieren, den Zugang zum Meer, die Kohlenfelder und die Eisenlager, und seine Industrie (bis auf den Bruchteil, der in Budapest zuhause ist, und die Zuckerindustrie), und wird somit ein agrarischer Binnenstaat von viertem Rang.« — Überleitend zu Betrachtungen über die im Bereich Böhmen/Deutschösterreich vor sich gehenden Veränderungen wird dann noch gesagt, daß zum Unterschied von der »einigermaßen überraschend kommenden radikalen Amputation, die sich das deutschösterreichische Gebiet gefallen lassen« müsse, diese »wahrscheinliche Verkleinerung Ungarns schon seit längerer Zeit vorauszusehen war«. —

Mit dem Bericht vom 13. Dezember endeten für das Jahr 1918 die zu Ungarn vorliegenden Meldungen und Kommentare. Die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie hatte sich nach allen Seiten hin aufgelöst, republikanische Nachfolgestaaten hatten sich auf dem Territorium des alten Reiches konstituiert, das Haus Habsburg hatte mit den Verzichtserklärungen Kaiser Karls vom 11. November sich von allen Regierungsgeschäften zurückgezogen; aber viele und wesentliche Fragen, vor allem solche der territorialen Neugestaltung, der Grenzziehung, des Verhältnisses der Nachfolgestaaten zueinander blieben offen stehen, in vielen umstrittenen Regionen dauerten z. T. heftige Grenzkriege fort. Ungarn hatte zwar eine ganz auf sich gestellte, von keiner gekrönten Macht mehr abhängige neue Regierung, ungewiß aber war gegen Ende dieses weltgeschichtlich einschneidenden Jahres, wo der in vollem Gang befindliche territoriale Umwandlungsprozeß aufhören und was schließlich für das

⁴ Der englische Zeitungsverleger N. gab u. a. »Times«, »Daily Express« und »Evening News« heraus, Blätter die sich im Krieg durch besonders eifrige antideutsche Propaganda hervorgetan hatten.

neue stark verkleinerte Ungarn an Staatsgebiet tatsächlich noch verbleiben würde. Diese Probleme und die damit eng verknüpften schweren wirtschaftlichen Existenzsorgen ließen weder nach außen noch nach innen die erhoffte Ruhe einkehren und mit bangen Erwartungen erlebte das noch völlig ungefestigte neue Ungarn die Jahreswende 1918/1919.

2.

Berichte über Ungarn im Jahre 1919

a) *Bis zur Machtübernahme durch die Kommunisten*

Wie schon einleitend bemerkt lief die Berichterstattung der sächsischen Gesandtschaft in Wien auch im Jahre 1919 ernstlich weiter; die sich von Grund aus wandelnden Verhältnisse im ehemals österreichisch-ungarischen Gesamtgebiet wurden von Dr. Benndorf, als Leiter der vorerst weiteramtierenden sächsischen Außenstelle umsichtig beobachtet und in den nunmehr an die Regierung des neuen Freistaates Sachsen zu richtenden Mitteilungen in bisher gewohnter Weise zur Darstellung gebracht. Dies geschah, in der Form oft wechselnd, einmal in knappen sachlichen Meldungen, wobei nach regionalen Gesichtspunkten unterschieden wurde und der Reihe nach den neu entstandenen bzw. sich noch herausbildenden Staaten des Donauraums jeweils eigene kleinere Abschnitte oder Kurzmeldungen gewidmet wurden, andermal wiederum in breiteren Ausführungen zu *einem* speziellen Thema oder *einem* Land, wobei dann mehr oder weniger auch persönliche Abwägungen⁵ und Meinungsäußerungen des Berichtenden mit einfließen.

Der erste hier zu nennende Bericht trägt das Datum 15. Januar; er bringt nach einzelnen Ländern gegliedert knapp zusammengefaßte, kommentarlose Mitteilungen. Nachdem da »Deutschösterreich«, »Deutschböhmen«, »Tschecho-Slowakischer Staat« und »Jugoslawischer Staat« behandelt sind, erscheint »Ungarn« mit folgendem Text:

»Graf Michael Károlyi, der aus den verworrenen innen- und außenpolitischen Verhältnissen keinen Ausweg finden konnte, ist — sehr zu seinem Leidwesen — durch seine Wahl zum provisorischen Präsidenten der ungarischen Republik vorläufig politisch so ziemlich ausgeschaltet. Die Bemühungen des zum Ministerpräsidenten designierten bisherigen Justizministers Berinkey um die Bildung eines neuen Kabinetts haben noch zu keinem Ergebnis geführt. — Die bolschewistische Bewegung nimmt bedenklichen Umfang an.«

Ein mit der Sammelüberschrift ‚Wirtschaftliches‘ versehener zweiter Hauptabschnitt eben dieses Berichtes gibt dann zu ‚Ungarn‘ noch einige für das Jahr 1918 aufschlußreiche statistische Zahlen bekannt, so u. a. daß in Ungarn in diesem letzten Weltkriegsjahr immerhin noch 699 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 855,011.000 K. gegründet worden seien⁵.

⁵ Wenn diese Zahlen stimmen, wäre damit eine für die fortgeschrittene Kriegszeit erstaunlich hohe Zuwachs-Kapazität zu verzeichnen.

Um ‚Wirtschaftliches‘ bzw. wirtschaftspolitische Dinge ging es ein- gangs auch in einem Bericht vom 16. Januar, der zusammenfassend über Gespräche zwischen Dr. Benndorf und dem in Wien amtierenden »Gesandten der ungarischen Volksrepublik, Dr. Charmant« eine Darstellung gibt. Da ist vor allem von einem neu zu belebenden sächsisch-ungarischen Wirtschaftsaustausch die Rede: sächsische »Fabrikate« gegen ungarische Lebensmittel; Schwierigkeiten werde dabei die Transportfrage machen, »bei dem aufs äußerste gespannten Verhältnis zwischen Ungarn und dem Tschechenstaat wird vor allem die Erlangung der tschechischen Durchfahrterlaubnis« ein Problem sein. — Des weiteren habe sich der ungarische Gesandte über das künftige Verhältnis zwischen Ungarn und Deutschland geäußert; »er sprach von der Erbitterung des gesamten ungarischen Volkes über die ja tatsächlich starken Demütigungen durch die Entente, und insbesondere von der unsäglichen Enttäuschung darüber, daß die Entente Ungarn durch die Slawen zerstückeln lasse, statt seine Integrität zu garantieren (was ja die Magyaren aufs bestimmteste erhofft hatten, nachdem sie im Oktober v. J. vom Deutschen Reich offen abgefallen waren). — Dr. Charmant lag ersichtlich sehr viel daran, das Verhalten Ungarn, angefangen vom Befehl zur Waffenstreckung der ungarischen Armee bis zur Internierung Mackensens, einigermaßen zu rechtfertigen oder gar zu entschuldigen. Seine Äußerungen bewiesen dasselbe, was auch aus der Ausschaltung Károlyis durch seine Ernennung zum Präsidenten der Republik geschlossen werden kann, daß nämlich in Ungarn das reumütige Verlangen, zu Deutschland zurückzukehren, bereits weite Kreise erfaßt hat. Charmant sprach wiederholt als seine Überzeugung aus, daß Ungarn in wenigen Jahren als Bundesgenosse, ja vielleicht sogar als Bundesstaat an die Deutsche Republik angeschlossen sein werde.«

Was die Vorgänge um den hier von Benndorf genannten deutschen Armeeführer von Mackensen betrifft, so heißt es in einem Bericht vom 18. Januar dazu des weiteren: »Nach einer Meldung des Wiener ‚Fremdenblattes‘ aus angeblich authentischer Quelle ist die Internierung des Marschalls Mackensen auf Schloß Futak (bei Neusatz) und seine strenge Behandlung auf Antrag des Grafen Károlyi und des ungarischen Kriegsministers erfolgt, die bei der großen Popularität des Marschalls befürchtet hätten, daß eine gegenrevolutionäre Bewegung unter seiner Mithilfe einsetze.«

Zur Labilität der inneren Verhältnisse, die mit solchen Meldungen deutlich spürbar wurde, trat für Ungarn aber, mehr noch als in allen anderen Nachfolgeländern der alten Doppelmonarchie, die total offene Lage im territorialen Bereich. Von allen Seiten drängten expansionseifrige Nachbarstaaten in das frühere ungarische Reichsgebiet und es war vor allem den Tschechen und Rumänen gegenüber völlig unklar, wieweit diese sich als Sieger des großen Krieges fühlenden Mächte im ehemals ungarischen Territorialbereich festsetzen würden. Einige Kurznachrichten hierzu brachte ein Bericht vom 20. Januar, wo im Abschnitt ‚Ungarn‘ u. a. zu lesen ist:

»Die tschechoslowakische Regierung hat der ungarischen Regierung erklärt, daß sie die von ihren Truppen in Oberungarn besetzten Gebiete als annektiert betrachtet und dort die tschechische Amtssprache einführt.« Und weiter: »Der rumänische Regierungsrat Siebenbürgens hat für 10 Komitate mit rumänischer Majorität Präfekten ernannt.«

Folgen solcher einschneidender Gebietsabtrennungen machten sich inzwischen auch im wirtschaftlichen Feld bemerkbar: »Der Verlust fast aller eigenen Kohlengebiete und das Ausbleiben der Auslandszuschübe«, so heißt es im gleichen Bericht unter ‚Wirtschaftliches/Ungarn‘, »nötigt die Regierung zur schleunigsten Inangriffnahme der Elektrifizierung der Staatsbahnen. An erster Stelle sollen die Anschlußlinien nach Wien, Budapest-Marchegg und Budapest-Bruck a. d. Leitha für den elektrischen Betrieb eingerichtet werden...«; im übrigen ist hier davon die Rede, daß nunmehr die kriegswirtschaftlichen ‚Zentralstellen‘ in Ungarn aufgelöst würden, mit der Schuh- bzw. Lederzentrale habe man den Anfang gemacht. Vom Abschnitt der politischen Kurzmeldungen in eben diesem Bericht (20. Januar) ist hinsichtlich Ungarn noch zu bemerken, daß die Bildung eines neuen Kabinetts unter D. Berinkey und dabei die vollständige Namensliste der einzelnen Ressortminister mitgeteilt wird.

Indessen- der Erdrutsch, in den Ungarns äußere und innere Zustände geraten waren, konnte auch durch die neugebildete linksbürgerlich-sozialdemokratische Regierung nicht aufgehalten werden, im Gegenteil, das allgemeine Durcheinander schien weiter zuzunehmen, auch unsere Berichte zeichnen davon ein düsteres Bild.

»Die innere und äußere Lage wird immer ungünstiger« schreibt Benndorf zu Ungarn am 25. Januar, »die Sicherheitsverhältnisse verschlechtern sich zusehends. Die Regierung wird wegen ihrer Unfähigkeit, Ordnung zu schaffen, von der Presse heftig angegriffen. In bürgerlichen Kreisen hat eine starke Bewegung gegen die Sozialdemokraten eingesetzt, deren Macht fast diktatorisch geworden ist, obwohl sie nur über vier Sitze des Kabinetts verfügen. Die Károlyi'sche Unabhängigkeitspartei steht jetzt völlig unter sozialdemokratischem Einfluß.« Die neugegründeten bürgerlichen politischen Organisationen, »Vereinigung der erwachenden Ungarn«, die »Christlich-Soziale Partei« und die von dieser im Verein mit dem Deutschungarischen Volksrat geschaffene »Deutsche christlich-soziale Partei« (beiden christlich-sozialen Parteien gehören Katholiken und Protestanten an) wenden sich zugleich auch gegen die ja allerdings unbestreitbar vorhandene Vorherrschaft des Judentums in Ungarn. Eine Versammlung des »Vereins d. e. U.«, in der es kürzlich zu erregten antisemitischen Demonstrationen kam, wurde durch Militär aufgelöst. — Die bürgerlichen Parteien verlangen baldigste Vornahme von Wahlen für die gesetzgebende Versammlung, die nach ihrer Meinung den Beweis erbringen wird, daß die gegenwärtigen Machthaber nicht die Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Die Durchführung der Wahlen dürfte jetzt aber kaum möglich sein, da, wie der Präsident der Republik Graf Károlyi erklärt hat, *von den 64 Komitaten Ungarns nur 5 nicht von fremden Truppen besetzt sind.* — Die inneren Zwistigkeiten und die allgemeine Unordnung beeinflussen auch die Beziehungen zur Entente

ungünstig. Angeblich soll nun Budapest von tschechoslowakischen Truppen besetzt werden. — Zum Minister des Äußeren ist der frühere Gesandte in Wien Dr. Harrer ernannt worden...«

Bekanntlich gab es im Königreich Ungarn auch eine starke deutsche Minderheit. Diese »ungarländischen Deutschen« traten angesichts der territorialen Veränderungsvorgänge, in die die ungarischen Verhältnisse hineintrieben, nun ihrerseits mit autonomistischen Forderungen hervor. In Benndorfs Berichten vom 22. und 28. Januar wurde einiges dazu vermerkt. So hieß es am 22. Januar, daß vor drei Tagen in Ödenburg ein »Deutscher Volkstag« abgehalten worden sei, bei dem die »Autonomie Westungarns als zu Recht bestehend erklärt« und ein 20-gliedriger Leitungsausschuß eingesetzt worden sei. Von da aus werde mit der ungarischen Regierung in Autonomiefragen und mit den Tschechoslowaken und Südslawen in der »Korridorfrage« verhandelt⁶. Im Falle, daß die Verhandlungen mit Budapest binnen einer Woche zu keinem Ergebnis führten, würde man unabhängig von der ungarischen Regierung die weiteren Entschlüsse fassen. Indessen- die Wünsche der Deutschen wurden respektiert; am 28. Januar notierte Benndorf dazu: »Der Ministerpräsident hat den Vertretern der ungarländischen Deutschen... größtes Entgegenkommen zugesichert. Ein Gesetz über die Autonomie der Deutschen solle noch vor dem 29. d. M. veröffentlicht werden.

Nach Zeitungsmeldungen ist die Errichtung eines deutschen Landmannministeriums in Budapest und vier deutscher Gouvernements: in Siebenbürgen, im Banat, in der Zips und in Ödenburg (Westung.) beabsichtigt«. — Was sonst noch in diesen beiden Januarberichten zu Ungarn ausgesagt wird, bezieht sich wieder auf die endlos verworrene Lage, die im ungarischen Bereich allgemein, besonders auch in Siebenbürgen in diesen Tagen herrschte. In den Kurzmeldungen vom 22. Januar heißt es: »Im Hinblick auf die Gefährdung Ungarns von außen (Vormarsch der Tschechen, Ukrainer, Rumänen und Südslawen) und innen (Bolschewisten und Kommunisten) will die Regierung schleunigst die in den Waffenstillstandsbedingungen vorgesehenen 6 Infanterie- und 2 Kavalleriedivisionen aufstellen«. Und am 28. Januar: »In Siebenbürgen sind infolge der unbilligen und harten Behandlung der Bevölkerung seitens der Rumänen sämtliche Bergarbeiter, die Beamten der Bergwerke, die Eisenbahnarbeiter, sämtliche Angestellte und Beamte des Telegraphen- und des Telephondienstes, insgesamt etwa 100.000 Mann, in den Ausstand getreten«; man verlange dort von den Rumänen die Freigabe des verhafteten ungarischen Regierungskommissars, die Abschaffung der Prü-

⁶ In einer Randbemerkung fügte Benndorf hier erläuternd hinzu: »Die tschechoslowakische Regierung will angeblich auf der Friedenskonzferenz einen »Korridor« von etwa 100 km Breite und 200 km Länge zur Herstellung der Verbindung des tschechoslowakischen mit dem jugoslawischen Staate fordern. Dieser Korridor würde über die deutschen Gebiete Westungarns laufen.« — Einzelheiten zu dieser Korridorfrage brachte des weiteren ein Bericht Benndorfs vom 6. Februar, worin in sehr breiter und vielseitiger Weise über die inneren und äußeren Verhältnisse des neuen Jugoslawien berichtet wurde.

gelstrafe, volle Bewegungsfreiheit und Sicherheit der Person und des Eigentums. Reguläre ungarische Truppen beabsichtigten, die »Rumänen über die im Waffenstillstand festgesetzte Demarkationslinie zurückzudrängen«.

Hinsichtlich der Fragen der ungarländischen Deutschen hielt die Regierung in Budapest tatsächlich Wort. In einem diesbezüglich ausführlichen Bericht (1. Februar) steht zu lesen, daß das »Volksgesetz über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des ungarländischen deutschen Volkes« angenommen und verlautbart worden sei; die vier vorgesehenen Gouvernements (vgl. oben) würden nun gebildet, alle deutschsprechenden Bürger Ungarns würden als einheitliche Nation anerkannt, entsprechend werde eine deutsche Nationalversammlung nach demokratischem Wahlrecht gewählt, in Budapest ein deutsches Ministerium eingerichtet, zu dessen Leiter man bereits Ministerialrat Peter Jekel ernannt habe. — Wie die von langer und lästiger magyarischer Bevormundung nun befreiten Minderheiten die gewandelte Situation jetzt umgekehrt einseitig ausnutzten, beweist eine weitere Bemerkung in eben diesem Bericht: »Der deutsche Volksrat für Westungarn hat die durch das Gesetz gewährte Autonomie als unzureichend abgelehnt und ist mit weitergehenden Forderungen an die ungarische Regierung herangetreten«. Schließlich heißt es zur Lage im äußersten Osten Ungarns hier noch, die »Nationalversammlung der in Ungarn lebenden Ruthenen«, bei der 420.000 Ruthenen durch 420 Abgeordnete vertreten seien, habe den Anschluß an die Ukraine proklamiert.

Während die Randgebiete abbröckelten, die nicht-magyarischen nationalen Gruppen fast einer Lossagung vom ungarischen Staatsverband nahe kommende autonomistische Forderungen stellten, gab es immer neue Anzeichen von Disharmonie und drohender Aufspaltung in den inneren magyarischen Regionen. »Die Opposition des Bürgertums«, schrieb Bendorff am 15. Februar, »gegen den überwiegenden Einfluß von Sozialdemokratie und Judentum in der gegenwärtigen Regierung nimmt, zum mindesten nach Darstellung der regierenden Kreise, immer mehr den Charakter einer *gegenrevolutionären Bewegung* an. Die Bewegung wird namentlich von der Aristokratie, den ehemaligen Offizieren und von klerikaler Seite gefördert. In einzelnen Provinzstädten sollen die Offiziere ganz offen für das Königtum demonstriert haben, und auch im Kriegsministerium habe die Gegenrevolution, wie der sozialdemokratische Minister Böhm erklärt hat, Anhänger gefunden. Auch die Landgendarmarie und die Budapester Polizei sollen eine unsichere Haltung zeigen«. Die Regierung gehe, so heißt es hierzu weiter, mit allen Mitteln gegen die »Gegenrevolutionäre« vor, es gäbe Hausdurchsuchungen bei Angehörigen der Aristokratie, des Klerus und der »Vereinigung erwachender Ungarn«, von deren Mitgliedern einige verhaftet worden seien.

Am 21. Februar wurde zur Lage im Innern weiter ausgeführt, die Károlyi-Partei habe sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung gewendet und ihr Programm bekannt gegeben: »Solidarität mit den Sozialdemokraten zum Schutze der Republik, die als endgültige Staatsform Ungarns betrachtet werden müsse, Aufrechterhaltung des Privateigentums, Scho-

nung des normalen bürgerlichen Vermögens bei Einhebung von Vermögensabgaben und Steuern, Verteilung der größeren Vermögen und des großen Grundbesitzes«. — Hinsichtlich der Außenpolitik stelle sich die Partei auf den »Standpunkt des Pazifismus und des Völkerbundes«.

Von fundamentaler Bedeutung für die Stabilisierung der inneren Verhältnisse mußte vor allem die in diesem Programm angesprochene Regelung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse sein. Noch im gleichen Bericht (21. Februar) widmete Benndorf diesem wichtigen Komplex einen besonderen Abschnitt, veranlaßt durch ein soeben erschienenenes »Volksgesetz über die Beteiligung des ackerbautreibenden Volkes am Grundbesitz«. Enteignet werde danach Grundbesitz, der 500 Joch übersteige, hinsichtlich des übersteigenden Teils, ausnahmsweise könne bei besonderen Bedürfnislagen diese Bemessungsgrenze auf 200 Joch festgesetzt werden; der so freiwerdende Grund werde in Form von Kleinbesitz in Größen zwischen 5 und 20 Joch an mit landwirtschaftlicher Arbeit vertraute Personen verteilt; besonders befähigte Neubauern würden auch mittlere Besitzgrößen erlangen können, doch nur ausnahmsweise und nur bis zur Höchstgrenze von 200 Joch; nur selbst auf diesem Neubesitz arbeitende Bauern könnten an der Bodenzuteilung teilnehmen ... Am Schluß dieser mit vielen weiteren Einzelpunkten geschilderten Darlegung bemerkt Benndorf: »Die Besitzreform ist für Ungarn mit seinen einer rationellen Bodenbewirtschaftung bisher entzogenen Kirchengütern und Fideikommissen riesenhaften Umfangs von allergrößter Bedeutung«.

Ein besonderer Abschnitt mit der Überschrift »Menschenverluste im Krieg« bringt, eben diesen Bericht abschließend, noch eine kurze Aufstellung diesbezüglicher Zahlen für den Bereich der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie, wobei die insgesamt 687.534 Toten (Militärpersonen) auch nach regionalen Bereichen in ihrer Verhältnismäßigkeit dargestellt werden. Für die reinmagyarischen und ungarndeutschen Gebiete ergibt sich daraus, daß auf 1000 Einwohner 28 Kriegstote entfallen, während in den übrigen (vorwiegend slawischen) Gebieten es durchschnittlich 20 sind⁷.

Im Mittelpunkt der weiteren zu Ungarn vorliegenden Berichte bzw. Berichtsteile standen aber die drängendsten Fragen der zunehmend undurchsichtigen Lage, nämlich die Probleme hinsichtlich der immer weiter um sich greifenden Verluste im territorialen Besitzstand, die nicht aufzuhalten waren, da die Ohnmacht des neuen ungarischen Staatsgebildes die Expansionslust der Nachbarstaaten geradezu ins — wörtlich genommen — Grenzenlose steigerte, weiter die im Innern auf zu schmaler Basis aufgebauten republikanischen Regierungsverhältnisse, die bei der fortschreitenden Sammlung starker Gegenkräfte sowohl rechts wie links

⁷ Im oben schon behandelten Bericht vom 15. Februar war ebenfalls in einem Sonderabschnitt über die Gesamtschulden der alten Monarchie nach dem Stand vom 31. Oktober 1918 berichtet worden, wobei die Totalsumme von 126 Milliarden Kronen ebenfalls nach dem alten österreichischen und ungarischen Staatsgebiet aufgeteilt zur Darstellung kam. Der ungarische Anteil an der gesamten Belastung würde demnach etwa ein Drittel betragen.

vom Regierungskurs nochmals grundlegende Veränderungen im inneren Staatsaufbau als sehr nahe liegend erscheinen ließen, sowie drittens die für Ungarn als überwiegend agrarisch wirtschaftende Region gebieterisch in den Vordergrund gerückten Fragen der Modernisierung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse, um nämlich zugleich einen besseren Ausgleich in den extrem divergierenden sozialen Schichtungen wie einen erhöhten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt zu erreichen. Solch schwere Problembündel und noch manches andre dazu türmten sich auf, während fast das ganze Land von fremden Truppen besetzt war, die — soweit nicht, wie bei Tschechen und Rumänen, direkte Annexionsabsichten vorlag — ihre Anwesenheit damit begründeten, daß die Gefahren eines inneren Umsturzes in einer von den Ententemächten nicht gewünschten Richtung fortbeständen, während doch festzustellen ist, daß die innere Schwäche und die nicht zu bannende Umsturzgefahr eben gerade durch die von diesen Besatzungsverhältnissen verursachte wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Lahmlegung weiter Landesteile gefördert wurden.

Diese sich überlagernden bzw. durchkreuzenden Komplikationen muß man sich deutlich vor Augen halten, wenn man die bald die eine bald die andre Seite der schwierigen Lage beleuchtenden oder auch nur kurz anreißenden Aufzeichnungen unseres Berichtsautors vor dem richtigen Hintergrund sehen will.

»Mitglieder der früheren nationalen Arbeitspartei, der Verfassungspartei und des konservativen Flügels der Apponyi-Partei«, so hieß es bei Benndorf am 26. Februar in einem gewisse tschechische, deutschösterreichische, vor allem aber wiederum ungarische Fragen behandelnden Bericht, »die sich seit der Revolution von der Politik fernhielten, haben nun unter dem Namen ‚Nationale Vereinigung‘ eine neue Partei gegründet. Zum Präsidenten ist Graf Stephan Bethlen gewählt worden. Die Partei stellt sich auf den Boden der republikanischen Staatsform und sieht ihre Hauptaufgabe in der Wahrung der Integrität Ungarns. Sie tritt für ein verfassungsmäßiges parlamentarisches Regime ein, fordert Presse- und Versammlungsfreiheit und will bei der Durchführung der Bodenverteilung die Möglichkeit der Produktionssteigerung gewahrt wissen. — In Budapest haben die *Kommunisten* einen Putschversuch unternommen, der mehrere Todesopfer forderte. Der Führer der Kommunisten Béla Kuhn⁸ wurde von der Polizei verprügelt und liegt schwer verletzt im Spital. Der Putsch hat einen Sympathiestreik der Budapester Arbeiter und Angestellten für die Regierung ausgelöst.«

Zu diesem die gespaltene Lage im Innern verdeutlichendem Abschnitt fügte Benndorf dann Näheres über die verworrenen Zustände in »Nordungarn« hinzu. Da ist von einem Generalstreik die Rede, mit dem die Bevölkerung gegen »das gewalttätige Vorgehen der tschechischen Besatzungstruppen und Verwaltungsorgane« demonstrierte, weiter wird von »blutigen Zusammenstößen der Streikenden mit tschechischen Soldaten« in Preßburg gesprochen, dessen Bevölkerung nur zu 15 % slowakisch, im

⁸ Richtig: Kun.

übrigen zu etwa gleichen Teilen ungarisch und deutsch sei; die Preßburger hätten mit einer Denkschrift, die sie an die Entente richteten, um die Ermöglichung der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes durch eine Volksabstimmung gebeten. Im Gebiet Kaschau würden nach einer Äußerung des dort stationierten Entente-Kommandanten, eines italienischen Generals Piccione, die tschechischen Truppen wegen Klagen der Bevölkerung bald durch italienische ersetzt werden. . . »das Teschener Gebiet«, so heißt es hier weiter, »wird auf Verlangen der Entente von den tschechischen Truppen bereits geräumt. — Der Ministerrat hat beschlossen, in ähnlicher Weise wie den Deutschen auch den Rumänen und Slowaken volle Autonomie und ein eigenes Ministerium zu geben. . .« Und zum wirtschaftlichen Bereich erfährt man in diesem vom 26. Februar datierten Bericht noch, daß vom ungarischen Finanzminister angekündigt worden sei, Vermögenseingriffe stärkeren Ausmaßes ließen sich, um dem Staatsbankrott auszuweichen, kaum vermeiden; es werde eine Sonderabgabe von etwa 5 bis 50 % des einzelnen Vermögens und die volle Beschlagnahme des 10 Millionen überschreitenden Überbetrags erwogen. Industriepolitisch sei neu verfügt, daß Industrie-, Bergwerks- und Verkehrsbetriebe mit mehr als 25 Arbeitern Betriebsausschüsse für Fragen der Arbeitsverhältnisse und der Produktionsförderung einzurichten hätten.

Die besonderen Schwierigkeiten in einzelnen Zweigen der industriellen Produktion kamen, wie Benndorf am 4. März berichtete, während »einer Sitzung des Budapester Arbeiterrates« zum Vorschein, wo der sozialdemokratische Minister Böhm Einzelheiten dazu mitgeteilt habe; so sei die Kohlenproduktion gegenüber dem Vorjahr von 27.000 Tonnen auf 12.000 gesunken, von den Eisenwerken seien rund 80 % in tschechischer bzw. rumänischer Hand, das die Holzindustrie beliefernde Waldgelände sei unter 1/7 der früheren Waldgebiete zurückgegangen, noch schlimmer stehe es mit den Rohstoffen für die Textilindustrie, zumal sei die Schafzucht und damit die Wollproduktion auf etwa 7 % der Kapazität im früheren Ungarn abgesunken. Da von 63 Komitaten 22 völlig und 21 zum Teil besetzt seien, werde weithin das Verkehrswesen und der normale Wirtschaftsaustausch lahmgelegt.

Ungeachtet der im politischen und wirtschaftlichen Feld trostlosen Situation beschloß der Ministerrat, die »Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung für die erste Hälfte des Monats April auszuschreiben«. Die Wahlen würden, so hieß es am 4. März weiter, nach dem System der Listenabstimmung mit Minoritätsvertretung durchgeführt werden. — Bereits im Bericht vom 28. Februar hatte Benndorf aus dem parteipolitischen Bereich mitgeteilt, daß die Károlyi-Partei und die »Partei der kleinen Landwirte« ein enges politisches Bündnis einzugehen beschlossen hätten, was vor allem durch die Wahl eines gemeinsamen Vollzugsausschusses sowie das Zusammenlegen von Zeitungen zum Ausdruck kommen solle. In eben diesem Bericht findet sich auch die interessante Mitteilung, daß Politiker usw, »die an der Heraufbeschwörung des Krieges und an seiner zwecklosen Fortsetzung schuld tragen und die sich als für die Republik gefährlich erwiesen haben«, gesetzlich zur Verantwortung gezogen würden; so seien die früheren Minister Baron Sztéryni und

Baron Szurmay bereits verhaftet, weitere Internierungen bzw. vorläufige polizeiliche Beobachtungen seien eingeleitet worden.

Der Monat März stand, allgemein gesagt, innenpolitisch ganz im Zeichen der für April vorgesehenen Wahlen zur Nationalversammlung. Zu den Blockbildungen teilte Benndorf am 10. März mit: »Die oppositionellen bürgerlichen Parteien — Christlichsoziale Partei, Bürgerpartei, Lovászypartei und Bauernpartei — haben sich zu einem Wahlblock zusammengeschlossen und werden gemeinsame Kandidatenlisten aufstellen. Andererseits werden die Regierungsparteien, Károlyi-Partei und Sozialdemokraten, im Wahlkampf miteinander Fühlung halten und sich zumindest für Budapest auf eine gemeinsame Liste einigen«. —

Indessen — was sich unter diesen Oberflächenerscheinungen in undurchsichtigen Bereichen der sich neuerdings steigernden parteipolitischen Bewegungen in diesen Tagen vollzog, darüber zeigt sich kaum etwas in unseren Berichtstexten. Während noch am 14. März einiges zu einem neuen »Volksgesetz über die Autonomie der Slowakei« ausgesagt und von der Einrichtung eines fachmännisch besetzten Senats als beratendem Organ im Außenministerium gesprochen sowie am 21. März weiteres zum Ausbau der Autonomie in Deutsch-Westungarn und dem »starken Wachsen der slowakischen Bewegung gegen die tschechische Hegemonie« ausgeführt wurde⁹, trat nun doch die Unhaltbarkeit der bisherigen Parteienkonstellation und damit der bestehenden Regierungsverhältnisse deutlich hervor. Der letzte Teil des bereits genannten Berichtes vom 21. März ließ dies erkennen; wörtlich heißt es da:

»In Ungarn steht man wieder vor einer ernsten Krise, deren unmittelbare Ursachen der zunehmende Mangel an Lebensmitteln, die Arbeitslosigkeit und die fortschreitende Besetzung Ungarns durch französische, serbische, rumänische und tschecho-slowakische Truppen ist. Die Ausdehnung der Okkupation wird mit dem Anwachsen des Bolschewismus begründet. Wahrscheinlich wird noch vor den Wahlen ein rein sozialistisches Kabinett die Koalitionsregierung ablösen«. — Diese Vorahnungen wurden auch sogleich durch Meldung bestimmter in diese Richtung deutender Fakten erhärtet; so sei die Errichtung eines »Ministeriums für Sozialisierung« beschlossen worden, das »die Sozialisierung der hierfür reifen Industriebetriebe durchführen wird« und weiter: »In einzelnen Gegenden Ungarns hat sich die Bevölkerung gewaltsam der Großgrundbesitze bemächtigt«.

Die gegenüber den Bedrängnissen von außen seit je ohnmächtige Regierung der linken Mitte — wenn man die Koalition Unabhängigkeitspartei (Károlyi) — Sozialdemokratie so nennen will — verlor in diesen Tagen bekanntlich vollends die Balance; Károlyi und sein Anhang, bitter davon enttäuscht, daß die Ententemächte ihnen, den alten Vorkämpfern für Demokratie und einen ausgewogenen sozialen Fortschritt in Ungarn, nicht die geringste Unterstützung zukommen ließen, ja ihnen nur immer

⁹ Rund 80 % der nordungarischen Slowaken würden nach einer Äußerung des »Slowakischen Volksrates« im Falle einer Volksabstimmung für Ungarn stimmen, hieß es da u. a.

neue Schwierigkeiten bereiteten, räumten jetzt das Feld und zogen sich aus dem Regierungsbündnis zurück. Die wenigen, nun allein in der Regierungsverantwortung stehenden Sozialdemokraten würden, das war sofort jedem kundigen Beobachter der Szene klar, dem immer stärker von radikal-sozialistischer bzw. kommunistischer Seite her anbrandenden Wogen niemals Stand halten.

»Die neue Lage in Ungarn«, vermerkte Benndorf am 22. März, »zu der es ohne die kaum begreiflichen neuen Ententemaßnahmen vielleicht überhaupt nicht oder wenigstens erst in allmählicher, ruhigerer Entwicklung gekommen wäre«, könnte möglicherweise auch auf die Tschechoslowakei folgenscher ausstrahlen, denn auch dort habe es die bestehende Regierung nicht leicht mit den »dem Bolschewismus nicht ferne stehenden« Gruppen der Sozialdemokratie fertig zu werden; Präsident Masaryk denke bereits an Rücktritt usw. . . . Zur Lage in Ungarn selbst wurde aber vorerst nichts weiter gesagt.

b) *In der Zeit des kommunistischen Regimes*

Von den vollendeten Tatsachen der kommunistischen Machtübernahme erfährt man aus den Berichten der sächsischen Gesandtschaft bestimmtere Einzelheiten seit dem 28. März. Da ist ein ausgedehnter Abschnitt zu Ungarn zu finden, in welchem die Mitglieder des »revolutionären Regierungsrates« mit vollem Namen und Ressort aufgeführt werden. Aus einer nicht näher kenntlich gemachten Presseveröffentlichung sind dann zu einigen der neuen Namen noch ein paar kurze biographische Notizen beigelegt, wobei besonders die — meist niedere — soziale und berufliche Herkunft betont wird, aber auch der hier und da bewundernswerte Aufstieg durch persönliche Leistungen und/oder Talente hervorgehoben wird. »Kein Wunder«, so heißt es abschließend, »wenn das ungarische Publikum der Tätigkeit dieser Schar von Männern, die alle auf eine derart bewegte Vergangenheit zurückblicken können, mit gespanntester Aufmerksamkeit entgegensieht. . .« Auch in dem nächsten mit dem Problem Ungarn sich beschäftigenden Bericht, datiert vom 1. April, hielt sich Benndorf hauptsächlich an Zeitungstexte. So übernahm er aus »Pester Lloyd« vom 27. März (Abendbl.) den von Jenő Mohácsi gezeichneten Artikel »Julius Hevesi über die Sozialisierung der Industrie und die Arbeitsprinzipien der Sowjetregierung«, worin besagter Hevesi als »Technischer Leiter des Volkskommissariats für Sozialisierung« das industriepolitische Programm und die allgemeinen Grundsätze der neuen Regierung in eindrucksvoller Weise darlegte. Erst am 3. April gab Benndorf einen textlich selbstgestalteten ausführlichen Bericht zur Lage.

Dabei ist eingangs von dem starken Anteil der Juden an den Regierungsgeschäften in Ungarn die Rede: »Die Budapester Kommunisten sind fast alle Juden, genau so wie der weitaus größere Teil der Männer, die die Gewalt vorher in Händen hatten, und ebenso der Machthaber im königlichen Ungarn, abgesehen von einer Handvoll magyarischer Magnaten. . . Von den 70 Personen der Gesandtschaft Ungarns hier in Wien sind z. B. 65 Juden. . . 21 % der Budapester Bevölkerung sind jüdisch.« Der Typ

des Intellektuellen herrsche unter den Budapester Kommunisten vor, die meisten seien »Cafehausliteraten«, Ideologen, Utopisten, Schwärmer; aus einer Unterhaltung, die er (Benndorf) kürzlich mit einem der in Wien die ungarische Räteregierung vertretenden Kommunisten gehabt habe, wäre ihm dieser Eindruck bestätigt worden. Wörtlich heißt es dann: »Die Kommunisten Ungarns haben ihre Herrschaft offenbar schon lange vorbereitet und sie geschickt im rechten Zeitpunkt aufgerichtet. Als die bekannten Ententebefehle dem Nationalbewußtsein der Magyaren die letzte schwerste Wunde geschlagen hatten, als das gänzliche Versagen Károlyischer Politik sich evident erwies, und die durch die Teuerung und die noch ungewohnte, immer wachsende Lebensmittelnöte ohnehin stark erregte Bevölkerung von Budapest von einmütiger heftigster Empörung entflammt war, — da war die Stunde des Diktators gekommen. — Inzwischen ist die Welle nationalen Schwungs, die den Kommunisten die Regierungsgewalt zugetragen hat, wieder völlig verebbt, — und über Nacht hat sich der wahre Charakter der Räteregierung als einer Minoritätsregierung offenbart.« Der jetzige Zustand, fährt Benndorf fort, sei im übrigen ebenso unwahr wie auf ihre Weise »die Verhältnisse zur Zeit des Stefan Tisza, wo die Budapester Börsenmänner und eine Schar Magnaten, deren Latifundien größer sind als mancher deutsche Bundesstaat, unter dem Scheine einer parlamentarischen Regierung eine brutale Oligarchie ausübten, wo die Budapester, plattestem Nationalismus ergeben, von ödestem Geschäftsgeist erfüllt, sich als die Träger der westlichen Kultur gaben und sich wohl auch als solche fühlten, weil sie sich französische Allüren anzueignen gut verstanden hatten, — wo solche Menschen die fremden Völker Ungarns, die Rumänen und Ruthenen, die Serben und die Slowaken, zu bilden und zu heben dreist behaupteten und sie in Wirklichkeit sich dienstbar machten, sie gewaltsam zu Magyaren preßten und dabei ganz planvoll auf niederem Bildungsstand erhielten. — Und jetzt wird dieses Land von den ‚Räten‘ als reif zum Kommunismus proklamiert...«

Kommunismus aber, schreibt Benndorf weiter, setze ja eine »gewisse Höhe und bestimmte Richtung der sittlichen Anschauungen voraus« und diese Voraussetzung sei ja doch weder von unten her — da 41 0/0 der Bevölkerung noch immer Analphabeten seien — noch von den oberen Schichten — den Budapester »Börsenbaronen« und »Lebemännern«¹⁰ — her gegeben. Und die Bauern? — »Der Bauer will, wie ich von verschiedenen Seiten höre, von Sozialisierung ganz und gar nichts wissen, —

¹⁰ In Fußnoten bemerkt B. zu den »Börsenbaronen«, »die in den letzten beiden Jahren in Ungarn Aktiengesellschaften mit einem Kapital von rund 2 Milliarden Kronen gegründet haben« und zu »Lebemänner«: »mit ihrem Haupt, dem Präsidenten Károlyi, der bis zuletzt Nacht für Nacht am Spieltisch gesessen und Schulden über Schulden gemacht hat,« — die »Verteilung des Großgrundbesitzes« habe er mit dem als Schenkung vorgetäuschten Verkauf eines seiner Besitztümer »unter höchst feierlichem Zeremoniell« eingeleitet tatsächlich damit aber seine Spielschulden bezahlt. — Und: »Der Jokeyclub in Budapest hat allein bei den Sommerrennen im vorigen Jahr... durch die »Buchmachersteuer« 31 Millionen Kronen Einnahmen gehabt. — Solche Budapester Bilder ließen sich ad infinitum malen.«

insoweit er überhaupt weiß, was dies ist. Die Aufteilung der Latifundien ist ihm gerade recht. Er will sein Gütchen größer sehen, weite Maisfelder will er besitzen, viele Schweine, reich will er werden! Und vorderhand teilt er sich von den Latifundien selber zu, was sein Herz begehrt. Auf dem Lande herrscht in Ungarn volle Anarchie.« — In Budapest aber herrsche »Ruhe und Ordnung; Dekrete folgen auf Dekrete, und, man muß ihnen lassen, sie sind großzügig und haben Schwung, und mit Feuereifer ist der Kommunist dabei, seine Entwürfe zu verwirklichen... auf Brutalitäten schlimmster Art kommt's ihm dabei freilich gar nicht an.« Und weiter heißt es »Ruhe und Ordnung« seien in Budapest nur scheinbar vorhanden, auf jeden Fall seien sie kein Beweis, daß — wie die Kommunisten dort behaupteten — die Bevölkerung den Kommunismus wolle. Aus Budapest eingetroffene Zeugen »stimmen darin überein, daß die Budapester Kommunistenherrschaft nur noch kurze Zeit sich halten können wird. Man erwartet, entweder daß die Sozialdemokraten ans Ruder kommen, oder, falls ihnen das nicht gelingt, daß Budapest der Anarchie verfällt.« —

Was in diesem breit angelegten Bericht nun weiter folgt, läßt die Lage in Budapest als einen fortdauernden geheimen Machtkampf zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie erscheinen; zwar würden einstweilen die wenigen Kommunisten infolge ihrer Verfügungsgewalt über alle Waffen und Munitionsvorräte die Sozialdemokraten zum Schweigen zwingen, aber die Budapester Polizeimannschaften täten für die Kommunisten höchst ungern Dienst und planmäßig würden sozialdemokratische Parteigänger in die »Kommunistengarde« eingeschleust, um dort für spätere sozialdemokratische Zwecke zu wirken. Die kommunistischen Machthaber bewiesen ihr Mißtrauen gegen Offiziere der alten Armee u. a. dadurch, daß sie diese als Ausbilder ohne Waffen für den Aufbau der »Kommunistengarde« verwendeten.

Es lag nahe, daß der in Wien sitzende Benndorf seine Beobachtungen auch auf den Fragenbereich »Auswirkungen der Vorgänge in Ungarn auf Deutschösterreich« richten würde. Eine erste Mitteilung dazu brachte er bereits in seinem Bericht vom 28. März, wo es im Abschnitt »Deutschösterreich« u. a. hieß, daß in der Frage des Anschlusses Deutschösterreichs an das Deutsche Reich sich »in der Haltung der Wiener Tagesblätter, die bisher dem Anschluß mehr oder weniger ablehnend gegenüberstanden, ... seit dem kommunistischen Umsturz in Ungarn ein Umschwenken deutlich bemerkbar« mache. — Ausführlicher wurde das Problem aber in dem soeben bereits untersuchten großen Ungarn-Bericht vom 3. April im Anschluß an die Ungarn im Besonderen behandelnden Abschnitte beleuchtet.

»In Wien« schrieb Benndorf hier »wächst die Sorge vor dem Einbruch des Bolschewismus. Der Führer des radikalen Flügels der Sozialdemokratie, Fritz Adler, hat zwar die Aufforderung der Budapester Kommunisten, die Räteregierung in Deutschösterreich auszurufen, abgelehnt, wenn auch nur mit dem Ausdruck des lebhaftesten Bedauerns unter dem Zwange der Not, weil nämlich die Rätediktatur Bruch mit der Entente

und somit Eintritt einer ‚Hungerkatastrophe‘ in Wien bedeute, — und die Renner und Seitz sind zwar unermüdlich bestrebt, die Radikalen auch weiterhin bei der Stange zu halten, — indessen mehren sich die Zeichen, daß die Wiener Kommunistenpartei unter dem Einfluße der Propaganda einiger Führer, besonders von Angehörigen der Volkswehr, und durch die Agitation ungarischer Bolschewiken in Wien an Macht gewinnt. — Der gewaltige Eisenbahnerstreik ist offenbar unter dem Einfluß des ungarischen Umsturzes zum Ausbruch gekommen... Präsident Seitz, den ich diese Tage zu sprechen Gelegenheit hatte, bezeichnete den Zusammenhang auch als unzweifelhaft und meinte sogar, der Streik wäre in dem hart an der ungarischen Grenze gelegenen Wiener-Neustadt, dem Ausgangspunkt des Streiks, wohl unmittelbar von ungarischen Bolschewiken geschürt worden. — Ob es der Regierung ein zweites Mal gelingen würde, einer solchen Massenbewegung Herr zu werden, ist recht fraglich...« Es komme in Wien sehr auf die Haltung der Volkswehr an, heißt es dann weiter, und die benähme sich recht selbstherrlich; im Hinblick auf die unsicheren Zustände und das sozialdemokratisch-jüdische Übergewicht in Wien wüchsen in den ehemaligen Kronländern die »separatistischen Tendenzen« und schon gehe das Gerücht um, die Entente »trage sich mit der Absicht, das gefährdete Wien zu besetzen«; indessen seien solche Absichten von »sonst gut informierten Stellen« nicht bestätigt worden; falsch oder übertrieben seien auch Gerüchte, daß in Böhmen und Polen die »Bolschewikengefahr« sich steigere; »nur in der Slowakei soll die bolschewistische Strömung unter dem Eindruck der Budapester Ereignisse allerdings beträchtlich gewachsen sein«.

Der damit endende Bericht vom 3. April, dem übrigens noch eine Menge Zeitungsmaterial aus dem »Pester Lloyd« mit Datum vom 22. März bis 3. April¹¹ beigelegt wurde, verriet auf seine Weise, wie schwierig es war, sich über das Ausmaß der von den ungarischen Ereignissen ausgehenden Wirkungen ein einigermaßen klares Bild zu verschaffen. Entgegen den leisen Beschwichtigungsversuchen in den soeben betrachteten Meldungen hatte Benndorf ja selbst schon am 22. März von möglicherweise folgen-schweren Unsicherheiten der von Ungarn her berührten Lage in der Tschechoslowakei gesprochen (s. o.) und auch in Deutschösterreich blieb, wie dies sich auch aus Benndorfs weiteren Beobachtungen zeigt, auf Wochen hin das Gespenst eines drohenden Umsturzes hartnäckig am politischen Horizont stehen.

Existenzprobleme und Ende der Rätediktatur

Ein wiederum ausführlich mit der Lage in Ungarn sich beschäftigender Bericht, datiert vom 9. Mai, zeigt anfänglich, daß auch in Wien in diesen Tagen die Wogen von Revolution und Konterrevolution hart gegeneinander schlugen:

¹¹ Dabei auch der Wortlaut der Abdankungsproklamation des Präsidenten Károlyi, ferner eine Menge Texte von Aufrufen, Verordnungen usw. der neuen Regierung.

»Wider alles Erwarten vermag sich die ungarische Räteherrschaft immer noch zu halten. In Wien hatte man allgemein angenommen, daß die Budapester Kommunistenregierung spätestens zu Ende voriger Woche gestürzt sein würde. In dieser Annahme haben ja auch am Freitag voriger Woche einige fünfzig antikommunistische ungarische Offiziere die hiesige ungarische Gesandtschaft besetzt, die dort befindlichen riesigen Geldsummen beschlagnahmt und die beiden Gesandten der Bolschewikenrepublik im hiesigen Augustinerkloster insgeheim interniert. Im Namen des Völkerrechts hat die deutschösterreichische Regierung die Gesandten wieder befreit, und jetzt amtieren sie wieder in dem alten ungarischen Gesandtschaftspalais... — Ähnliche gegen das Bolschewikenregiment gerichtete Angriffe ungarischer Offiziere sind in diesen Tagen an der westungarischen Grenze und Nordungarn erfolgt, aber ebenfalls mißglückt.«

Die weiteren Abschnitte eben dieses Berichtes geben dann ein detailliertes Bild von der innerungarischen Lage:

»Der im Auftrage der Entente unternommene Vormarsch rumänischer Truppen in Ostungarn (Theißgebiet) und tschechischer Truppen in Nordungarn (Kohlegebiet Salgótarjan bis Munkács, wo Tschechen und Rumänen Fühlung genommen haben) geht nur ganz schleppend vorwärts. In Ostungarn ist er in den letzten Tagen wieder durch schließlich erfolglos gebliebene Waffenstillstandsverhandlungen aufgehalten worden, um die von ungarischer Seite nachgesucht worden war. Oberst Cuningham, der Führer der hiesigen englischen Mission, fährt dieser Tage nach Paris, um... auf Beschleunigung der militärischen Besetzung Ungarns hinzuwirken. — Die ungarischen Bauern, die man zunächst durch Befreiung von Steuerzahlungen, Zuteilung von Grundbesitz u. ä. Maßnahmen der Kommunisten zwar nicht für das Budapester Bolschewikenregime gewonnen, aber doch abgehalten hatte, dagegen Stellung zu nehmen, sind jetzt im ganzen Lande von größter Erbitterung gegen die Kommunistenregierung erfüllt. Wenn sie sich indessen auch gegen die Abschaffung des Erbrechts, gegen die gewaltsamen Lebensmittelrequisitionen usw. mit Händen und Füßen sträuben, wenn es ihnen hier und da auch gelingt, mit Sensen und Dreschflegeln die Soldaten der Roten Armee aus den Dörfern wieder zu vertreiben, und wenn sie an manchen Orten sogar ihre alten Gutsherren spontan wieder in ihre alten Rechte eingesetzt haben, — der Widerstand ist zu unorganisiert und zu wenig einheitlich, als daß ein rascher durchschlagender Erfolg gegen die Rote Armee und ihre Herren ohne Unterstützung von Ententetruppen zu erzielen wäre. Ob die Räteregierung nun schon in einigen Tagen oder erst in einigen Wochen fallen wird, — fallen wird sie bald, und nach aller Wahrscheinlichkeit wird sie von einer sozialistisch-demokratischen Regierung abgelöst werden. Und schon wird erörtert, welche Chancen ein solches Regime in Ungarn haben werde. Vielfach werden sie als ungünstig bezeichnet. Nach den mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Nachrichten sind jedenfalls die Monarchisten mit gutem Erfolg um ihre Sache

bemüht, wobei sie von französischer Seite geflüßentlich unterstützt werden.«

Was man aus diesen Zeilen zunächst hinsichtlich der »Erbitterung« und Widerstandsneigung der Bauern erfährt, wurde in einem kurzem Abschnitt des Berichtes vom 12. Mai nach der Seite von Handel und Gewerbe hin ergänzt, wenn da zu lesen ist, daß die Räteregierung die Budapester Geschäftsinhaber »ohne Rücksicht auf den ihnen erwachsenden Schaden« zur Einhaltung von amtlich festgesetzten Verkaufspreisen gezwungen habe, die so niedrig seien, daß die Kaufleute dem Ruin entgegengingen; Bestellung und Zulieferung neuer Waren von auswärts würden unter diesen Umständen ins Stocken geraten. Was dann schießlich über »die Monarchisten« und »ihre Sache« ausgesagt wurde, das wurde wenige Tage später mit dem Bericht vom 17. Mai im Zusammenhang mit dem Auftreten einer »ungarischen Gegenregierung in dem von Ententetruppen besetzten Arad« fortgesetzt und zu einer Skizzierung des ganzen anti-kommunistischen politischen Lagers in Ungarn erweitert; so heißt es da wörtlich:

»Die Gegenregierung in Arad, die angeblich nächstens nach Szegedin übersiedeln wird, steht unter dem Präsidium des Grafen Julius Károlyi, der mit Michael Károlyi zwar verwandt ist, ihm aber im übrigen ganz fern steht. Wenn sie auch wesentlich auf Betreiben der in Wien sitzenden gegenrevolutionären Adligen und Offiziere errichtet worden ist, so besteht sie doch aus Angehörigen aller Parteien, abgesehen von der Kommunisten-Partei. Außer den Parteien, die das Kabinett Stefan Tisza's gebildet haben, ist also auch die Sozialdemokratie in ihr vertreten, wenn auch nur sehr schwach, und so kann die Gegenregierung als eine Koalitionsregierung bezeichnet werden. — Ob die neue Regierung gute Aussichten hat, die Herrschaft der Kommunisten zu stürzen und an deren Stelle von Budapest aus zu regieren, läßt sich jetzt noch nicht sicher beurteilen...«

Von besonderem Interesse ist hier noch, was Benndorf zur Haltung der Entente anführt, die ja doch in einem seltsamen Widerspruch erst die liberal-sozialdemokratische Regierung Michael Károlyi in jene Bedrängnisse gebracht hatte, die zu deren Sturz und schießlich zur kommunistischen Machtübernahme geführt hatten, und die nun, wohl verärgert über die von ihr selbst herbeigeführten chaotischen bzw. räteherrschaftlichen Zustände, anfang der Gegenrevolution den Rücken zu stärken. Hierzu vernimmt man im Bericht vom 17. Mai:

»Die Entente stellt zwar in Abrede, daß die ungarische Gegenregierung ... ihr Werk sei. Aus der Tätigkeit, die der hiesige französische Gesandte Allizé in den letzten Wochen entwickelt hat, kann jedoch geschlossen werden, daß die Gegenregierung zwar nicht unmittelbar von der Entente geschaffen worden ist, wohl aber unter deren Patronanz zustande gekommen ist. Die Berufung Béla Kuns nach Paris, die von der Entente merkwürdigerweise schon ganz ernstlich erwogen worden war, dürfte jetzt nun nicht mehr in Frage kommen.«

Im gleichen Bericht wird dann noch einiges ausgeführt einmal zur Frage wie die ungarische Bauernschaft sich zu der neuen Gegenregierung wohl stelle — nämlich unter der Voraussetzung einiger von ihr gewünschter Akzentsetzungen im allgemeinen positiv — und andermal über die wahrscheinliche neue antikommunistische Frontbildung, die zu einem entschlossenen »Marsch auf Budapest« führen werde, bei dem die Gegenregierung fest mit der Beteiligung einiger alter ungarischer Bauernstämme, so vor allem der siebenbürgischen Székler, rechne. Diese »Kerntruppe«, so hoffe man, werde den steckengebliebenen Vormarsch der sogenannten Ententetruppen (Serben, Kroaten, Rumänen, Tschechoslowaken) wieder in Bewegung bringen, von denen die jugoslawischen und tschechischen Teile sich zunehmend am weiteren Vordringen uninteressiert zeigten und die Rumänen durch Störungen im Rücken von russisch-bolschewistischen Truppen gehemmt wären. Außerdem erfährt man hier noch, daß die ungarischen Kommunisten sich aus nicht-kommunistischen Kreisen Geiseln beschafft hätten; auch seien von Hinrichtungen solcher Verhafteter Gerüchte im Umlauf; doch sei da nichts Sicheres in Erfahrung zu bringen, denn: »die aus Ungarn einlaufenden spärlichen Nachrichten sind höchst unsicher und verschwommen, und die wahre Lage der Dinge ist nicht mehr zu erkennen«.

Tastende Unsicherheit kennzeichnet auch manches in den weiter folgenden Berichten. Unklares zur Frage, wie lange die kommunistische Regierung in Budapest sich überhaupt noch halten könnte, äußert der Bericht vom 7. Juni; einerseits heißt es da, verschiedene Maßnahmen der kommunistischen Regierung, wie die »Freilassung der Geiseln« und anderes ließen darauf schließen, daß »Béla Kun in gemäßigte Bahnen einzulenken beabsichtigt« und daß »die Stellung der Budapester Bolschewiken sich neuerdings wieder etwas gefestigt hat«. Dennoch glaube man »in antikommunistischen Kreisen und auch im Deutschen Generalkonsulat in Budapest, daß die Tage der Bolschewiken gezählt sind. Vielfach nimmt man dabei an, — mit wieviel Recht läßt sich freilich garnicht beurteilen, — daß die Macht nicht durch plötzliche gewaltsame Gegenrevolution, sondern in allmählicher Entwicklung und gleichsam von selbst auf eine gemäßigt-sozialistische Regierung übergehen werde«.

Klarer waren indessen die Tatsachen, die mit Hilfe der Beifügung von Zeitungsteilen gemeldet wurden. So wurde am 11. Juni ein nicht näher gekennzeichnetes Zeitungsausschnitt, der eine neue Verordnung über die Durchführung der Sozialisierung brachte und besonders die »Ortsräte« und die »Bezirksräte« betraf, einem sich sonst mit tschechoslowakischen und deutschösterreichischen Dingen beschäftigenden Bericht beigegeben und am 12. Juni in Form eines eigens und nur dazu gefertigten Sonderberichts ein Artikel aus der »Reichspost« vom 8. Juni mit der Überschrift »Erhebung Westungarns gegen seine Bedrücker, von einem Teilnehmer an den Befreiungskämpfen, Friedberg, 5. Juni« überreicht. Nach Art eines Tatsachenberichtes wurde hier dargestellt wie in einem Dorfe in der Gegend von Steinamanger Unruhen ausgebrochen seien, als von »Sendlingen der Budapester Räteregierung« alle halbwegs diensttauglichen Pferde requiriert worden seien. Die kommunistische Kommission

sei hier und bald darauf auch in andren Orten verjagt worden, worauf es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Rotgardisten und Bauern gekommen sei; das ganze Ödenburger Gebiet sei »äußerst erregt«, über den dortigen Gau sei »der verschärfte Kriegszustand verhängt« und: »das entwaffnete deutsche Volk Westungarns führt einen heldenhaften Befreiungskampf«. Unter Anführung von vielerlei Einzelheiten, zu denen auch Widerstandsaktionen der Eisenbahner und Arbeiter in und rundum Ödenburg gehören, wurde hier in bunten Farben das Bild einer regelrechten Volkserhebung gezeichnet, vom schließlichen Ausgang des Konfliktes ist jedoch nichts gesagt, doch läßt die mitgeteilte Tatsache der Verhängung des Kriegszustandes durch die Budapester Regierung ahnen, daß die Kommunisten Herr der Lage blieben. —

Ein sonderbares Kapitel in dem Zeitabschnitt, der die Phase des kommunistischen Regimes in Ungarn darstellt, ergab sich aus dem Verhalten der Italiener. Enttäuscht von der viele italienische Wünsche ignorierenden Behandlung seitens der ihm verbündeten Ententemächte bei den Friedensverhandlungen, ging Italien seit Juni 1919 in mancher Hinsicht eigene Wege, die garnicht in das Konzept der Franzosen, umso mehr aber in das der ungarischen Kommunisten paßten. Größtes Ärgernis bei der hauptsächlich nach französisch-englischen Vorstellungen betriebenen Neuordnung des donau-europäischen Bereichs war für die Italiener der neu entstandene jugoslawische Staat, der ihre adriatischen Ausweitungspläne empfindlich störte. Nur um dieses neue Staatswesen der Serben, Kroaten usw. zu schädigen, verstiegen sie sich jetzt so weit, daß sie in Budapest eine italienische Delegation konstituierten und der ungarischen »Roten Armee« für ihre Angriffsaktionen, zumal in Richtung Tschechoslowakei, beträchtliche Rüstungshilfe zuteil werden ließen. Auf diesem Umweg einer Schwächung des jugoslawischen Hauptverbündeten, den die neue Tschechoslowakei ja tatsächlich darstellte, sollte vor allem dem italienischen Unmut über die neuen Grenz- und Gebietsverhältnisse im Bereich des adriatischen Meeres Ausdruck gegeben werden. In Benndorfs Berichten finden wir einige Abschnitte, die diese Zusammenhänge, vor allem das italienisch-ungarische Zusammengehen im Kampf um die Slowakei, deutlich werden lassen.

Schon im oben bereits herangezogenen Bericht vom 7. Juni zeigte sich eine erste diesbezügliche Bemerkung, als von dem fluchartigen Zurückweichen der tschechischen Truppen »vor der nach allen Mitteilungen ausgezeichnet disziplinierten und angeblich von den Italienern vorzüglich ausgerüsteten ‚Roten Armee‘« gesprochen wurde; bestimmter und ausführlicher rückten die Zusammenhänge aber am 14. Juni ins Licht der Benndorfschen Berichterstattung. Wörtlich liest man da:

»Die Ereignisse in der Slowakei und die Stellungnahme der Ententemächte zur ungarischen Räteregierung offenbaren nun mit aller Deutlichkeit die gewaltigen Interessengegensätze zwischen den feindlichen Mächten und zeigen die Entente in ihrer ganzen Brüchigkeit. — Nach den vorliegenden Meldungen kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die ungarische Räteregierung und ihre Rote Armee von *Italien* unterstützt werden.

Die Richtigkeit dieser Meldungen ist mir auch vom Botschafter Grafen Wedel bestätigt worden. — Italien steht in enger Verbindung mit Béla Kun, eine italienische Kommission nach der anderen geht nach Budapest; offenbar sind große Mengen von Waffen, Munition und Ausrüstungsstücken von Italien nach Budapest und an die Rote Armee geliefert worden. — Ohne die Hilfeleistung Italiens wäre der ungarische Vormarsch in die Slowakei, bei dem fünf(?) tschechische Divisionen völlig geschlagen worden sind, wahrscheinlich garnicht zu ermöglichen gewesen. Aus den bewaffneten Banden Béla Kuns ist eine starke Armee erstanden. Eine Bolschewikenarmee, für deren hinreichende Bewaffnung zum Kampfe gegen den Ententestaar Tschechien der Ententestaar Italien gesorgt hat. — Und aus dem militärischen Unternehmen einer Handvoll Bolschewiken, die, bei Bürger und Bauer gleich verhaßt, von Anfang ihrer Herrschaft an noch zu jeder Stunde gefaßt sein mußten, in der nächsten am Galgen zu hängen, ist ein Kampf des *Magyaren* gegen den tschechischen Slawen geworden, und aus dem kommunistischen Soldaten, den 60 Kronen täglicher Löhnung für die Verdrießlichkeiten des Feldlebens schadlos halten mußten, ein Mann, den nationale Leidenschaften mit Elan erfüllen.«

In Fortsetzung dieses Berichtes wird dann noch darauf hingewiesen, daß die »nun schon seit vielen Wochen anhaltende Ruhe an der rumänischen Front in Ostungarn« ebenfalls durch italienische Einflußnahme an der ungarischen Ostfront zu erklären sei. »Wie die Bekämpfung der gegen den Anschluß Deutschösterreichs ans Reich gerichteten französischen Pläne und wie die geflüßente Stärkung der Stellung Deutschösterreichs in Steiermark und Kärnten, so dient auch die Unterstützung Ungarns im Kampfe gegen die Tschechen dem Hauptzweck der jetzigen italienischen Politik: der Einkreisung des jugoslawischen Erzfeindes und seiner Schwächung auch mittelbar durch Schwächung des andern neuen und nach Verbindung mit Jugoslawien strebenden Slawenstaates Tschechien«.

Was im besonderen die Lage in der Slowakei angeht, so machte Benndorf in je einem Bericht vom 17. und vom 23. Juni kurze Andeutungen. Zunächst ist da von »bisher ganz erfolglosen Versuchen der Tschechen, die Rote Armee aus der Slowakei zurückzudrängen« die Rede, des weiteren heißt es, es bestünden »ernst zu nehmende slowakische Bestrebungen zur Errichtung eines selbständigen slowakischen Staates«, wozu in einer Anmerkung noch näher gesagt wird, eine radikale slowakische Gruppe habe bereits die »Schaffung einer selbständigen slowakischen Räterepublik« angekündigt; die Idee der Selbständigkeit finde auch in bürgerlichen und gemäßigt sozialistischen Kreisen der Slowakei eine starke Anhängerschaft; dabei werde auch die Angliederung einer weitgehend autonomen Slowakei an Ungarn in Erwägung gezogen. Im Bericht vom 23. wurde schließlich in einer Kurzmeldung gesagt: »In Kaschau hat sich eine Regierung der »Slowakischen Räterepublik« nach Budapester Muster gebildet« und nochmals auf die entsprechenden Ankündigungen im Bericht vom 17. Juni verwiesen.

Als Hauptproblem der nach Ungarn hin sich erstreckenden Beobachtungen Benndorfs erscheint aber immer wieder die Frage, ob bzw.

unter welchen Umständen die im kommunistischen Fahrwasser segelnde Regierung in Budapest ihre Stellung behaupten würde.

»In den letzten 14 Tagen hat sich die Lage in Ungarn stark zu Ungunsten Béla Kuns und seiner Getreuen verschoben«, beginnt ein Bericht vom 1. Juli, der des weiteren näher in die interne Situation der Regierung in Budapest hineinleuchtet: Die Kommunisten würden jetzt nicht mehr am Ruder sein können, wenn nicht die Uneinigkeit im Lager der Entente, die besonders durch den Alleingang Italiens, aber auch durch den Widerspruch Wilsons gegen eine militärische Offensive gegen Budapest gekennzeichnet sei, bestünde und andererseits die teils mit »terroristischen Gewaltmitteln« teils durch Béla Kuns »ganz erstaunliche Gewandtheit« sich durchsetzende kommunistische Regierung der »ungeheuren inneren Schwierigkeiten« immer wieder Herr würde. Der Lebensmittelmangel sei in Budapest zur »entsetzlichsten Hungersnot« angewachsen, selbst beim Rätekongreß vom 17. Juni sei von den zuständigen Volksbeauftragten »der drohende völlige wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch Ungarns angekündigt worden«; auch in den bisher als ‚sicher‘ geltenden Teilen der roten Armee gäre es, am 24. Juni habe es einen wegen schlechter Vorbereitung gescheiterten Putschversuch gegeben; am 25. Juni sei es zur Regierungsumbildung gekommen, bei der »beinahe alle Sozialdemokraten, deren Partei sich ja erst am 21. März einträchtig mit der Kommunistenpartei zusammengeschlossen hatte, aus der Regierung ausgeschieden und in die Opposition gegangen« seien. Es stehe nicht fest, wie es zu diesen Vorgängen gekommen sei, nachdem doch »die Sozialdemokraten auf dem Rätekongreß über die große Mehrheit verfügt« hätten. Richtig sei wohl die Vermutung, daß die Sozialdemokraten sich noch rechtzeitig vor dem »bevorstehenden inneren Zusammenbruch« von der Verantwortung distanzieren und die alte Parteiorganisation retten wollten. Auch der österreichische Staatssekretär Bauer rechne mit einer baldigen Ablösung des bestehenden Budapester Regimes durch die Sozialdemokraten, bei denen Jakob Weltner die treibende Kraft sei.

Indessen, so äußert Benndorf des weiteren von sich aus, würden die Sozialdemokraten es ohne Hilfe der alliierten Mächte kaum schaffen, »die von der Masse der unglücklichen Bevölkerung Ungarns sehnsüchtig erwartete Umwälzung« herbeizuführen. »Nachdem der Zauderer Wilson Europa verlassen hat, hegt man hier wieder mehr Hoffnung auf endlich tatkräftiges Vorgehen Frankreichs und Englands«.

Einstweilen wirtschaftete »die Kommunistenclique« munter weiter und die Regierung führe fort, Personen, die gegen die Herrschenden auftreten oder dessen auch nur verdächtig seien, »mit den brutalsten Gewaltmaßnahmen zu verfolgen«. Der Führer der in Budapest befindlichen Militärmission Italiens, »das eine Art Protektorat über Ungarn ausüben zu wollen scheint«, habe wegen »der Anwendung übertriebener Strenge« bei Béla Kun interveniert¹². Der Erfolg sei zweifelhaft; Kun werde sich

¹² In einem dem Bericht vom 1. Juli beigelegten Artikel aus »Der Neue Tag« wird der Text der Note des italienischen Delegationschefs, des Oberstleutnant Romanelli, an Béla Kun wörtlich wiedergegeben. Interessant daran ist

wohl ähnlich wie im Falle der von der Entente geforderten Räumung der Slowakei verhalten: nachdem er sich offiziell zur Ausführung des Räumungsbefehls bereit erklärt hatte, ließ er die ‚Slowakische Räterepublik‘ ausrufen, bildete aus Personen seines Vertrauens dort ein slowakisches Kabinett und übergab diesem die in der Slowakei stehende ungarische rote Armee, die nun ‚Slowakische Rote Armee‘ heiße. —

Im weiteren Verlauf des Monats Juli bemerkt man in Benndorfs Berichten nichts mehr von so eingehenden Schilderungen und Ansichtsäußerungen zur Lage in Ungarn wie dies im Mai/Juni der Fall war; vielmehr standen die auf Deutschösterreich mehr oder weniger indirekt ausstrahlenden Wirkungen der ungarischen Rätediktatur für den in Wien sitzenden sächsischen Gesandtschaftsleiter bei seinen Beobachtungen jetzt im Vordergrund. Eine ständige Umsturzgefahr bestand ja auch in Deutschösterreich dadurch, daß die kommunistische Gruppe, wie zahlenmäßig klein sie auch sein mochte, über die Arbeiter- und Bauernräte, die im ganzen Lande zu finden waren, eine Diktatur der kommunistisch zu dirigierenden Räte aufzurichten trachteten. Dabei drohten die in den überwiegend agrarischen Alpenländern fungierenden Volksvertretungen sich gegen das ‚rote Wien‘ zu stellen und es auf eine territoriale Lostrennung ankommen zu lassen, falls dem Vordringen der kommunistischen Infiltration in den dortigen Räten nicht bald erfolgreich Einhalt geboten würde. Vom harten Ringen um die Macht in den Arbeiterräten in Deutschösterreich meldet Benndorf am 5. Juli:

»Die Reichskonferenz der deutschösterreichischen Arbeiterräte hat sich gegen die kommunistischen Agitationen und Putschversuche und gegen die Errichtung einer Rätediktatur ausgesprochen. Die Kommunisten lehnen infolgedessen den Eintritt in den Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte ab und berufen für den 6. Juli die Vertrauensmänner aller ihrer Organisationen in Deutschösterreich zu einer eignen Reichskonferenz nach Wien ein.«

Ausführlicher wurde das Problem ‚Kommunismus und ungarisch-kommunistischer Einfluß in Deutschösterreich‘ — aber im Bericht vom 10. Juli beleuchtet. Die Bauern und Arbeiter Deutschösterreichs hätten die kommunistische Forderung einer sofortigen Ausrufung der Räterepublik und der Diktatur des Proletariats scharf verurteilt und bei Massenversammlungen entsprechende Entschließungen abgefaßt. Nach breiteren Darlegungen von diesen die Kommunisten in die Enge treibenden Auseinandersetzungen fährt Benndorf fort: »Hatten schon die Debatten und Resolutionen der Bauern- und Arbeiterrätekongresse die Stellung der hiesigen Kommunisten schwer erschüttert, so ist deren Niederlage durch die in den letzten Tagen erfolgten ‚Enthüllungen‘ des ‚Neuen Tags‘

für unsere Betrachtungen, daß dieser Italiener »im Namen der alliierten und assoziierten Mächte« spricht, daß er Béla Kun das Recht auf Alleinherrschaft in Ungarn abspricht, die Art von dessen Verfolgung politisch Andersdenkender mißbilligt und betont, die von Béla Kun erwähnte italienische Freundschaft gelte »ganz Ungarn und seinem Volke«, nicht aber einer einzelnen Regierung.

vollkommen geworden. Diese hier beigelegten Veröffentlichungen ... beweisen die Richtigkeit der schon oft ausgesprochenen Vermutung, daß die führenden Wiener Kommunisten ... bestochen und das Werkzeug Béla Kuns sind ... Nachdem sich nun ergeben hat, daß der hiesige ungarische Gesandte Czobel an den kommunistischen Umtrieben, die, wie sich jetzt zeigt, auch eine Besetzung Wiens durch die ungarische Rote Armee mit Hilfe des Häufleins der Wiener Kommunisten zum Ziele haben oder wenigstens gehabt haben, stark beteiligt ist, hat es der Staatssekretär für Äußeres Dr. Bauer ... für richtig gehalten, ... auf eine Note Béla Kuns hin, worin wegen der Beschuldigungen der ungarischen Gesandtschaft durch die Wiener Presse in unverschämter Weise Genugtuung gefordert wird, unter Ablehnung einer Beantwortung dieser Note in sehr höflicher Form um Abberufung des Gesandten Czobel zu bitten ... — Die der Stadt Wien drohende Gefahr eines kommunistischen Umsturzes ist also, zum mindesten einstweilig, behoben, und somit hat sich auch die Gefahr eines völligen Abfalls der Länder von Wien wieder verringert« ...

c) *Nach dem Rücktritt der kommunistischen Regierung*

Mit dem Beginn des Monats August war das Ende der kommunistischen Räteregierung gekommen. Anfangs, im April/Mai, als dicht bevorstehend vorausgesagt, dann wieder infolge der gewandten Regierungskunst Béla Kuns sowie gewisser militärischer Erfolge nach außen (Slowakei) nicht mehr so schnell erwartet, wirkte das denkwürdige Ereignis nun doch etwas überraschend. Freiherr Dr. von Beschwitz, der für einige Wochen den Gesandtschaftsleiter Dr. Benndorf in Wien vertrat und auch die Berichte, die in dieser Zeit nach Dresden abgingen, verfaßte, schrieb dazu am 2. August:

»Schneller, als man allgemein erwartet hat, ist die Diktatur Béla Kuns zu ihrem Ende gelangt. Zwar hatten seit kurzem Verhandlungen zwischen ungarischen Vertretern und der Wiener Ententekommission über einen Verzicht der bisherigen Machthaber in Budapest und Übergabe der Regierung an ein Übergangskabinett staatgefunden. Ein Erfolg schien jedoch nicht ganz sicher, zumal Béla Kun erst vor einigen Tagen in einem Aufruf an Alle erklärt hatte, er und die Seinen würden im Revolutionskampfe ausharren und sie seien nicht geneigt, für ein schäbiges Linsengericht ihre Befreiung von der Ausbeutung einzutauschen. Nun hat er doch die Folgerungen aus der unhaltbar gewordenen Lage ziehen müssen ...« Unhaltbar sei sowohl die wirtschaftliche wie neuerdings auch die militärische Situation. »Nach den Erfolgen des rumänischen Vormarsches — die Rumänen standen gestern nur noch 40 km von Budapest entfernt — war die Disziplin der Roten Armee völlig gelockert. Die Mannschaften sind einzeln und regimentweise zum Feinde übergegangen oder haben auf ihrem fluchtartigen Rückzuge die Waffen von sich geworfen. In der Sitzung des Budapester Arbeiterrats am gestrigen Vormittage hat Béla Kun die verzweifelte wirtschaftliche und militärische Lage nicht zu verhehlen vermocht. Am Nachmittage ist dann der Rat der Fünf-

hundert zusammengetreten und hat den Bruch mit dem Rätssystem beschlossen«. Provisorischerweise sei nun ein sozialdemokratisches Kabinett mit dem »gemäßigten Sozialdemokraten Julius Peidl an der Spitze« gebildet worden. Die neue Regierung sei dazu bestimmt, die Friedensverhandlungen vorzubereiten.

Was aber wurde aus den Mitgliedern der gestürzten kommunistischen Regierung? Beschwitz spricht davon in einem seiner Berichte vom 7. August, wo er mitteilt, daß die deutschösterreichische Regierung »auf Wunsch der neuen ungarischen Regierung einer Reihe von Volkskommissären der jetzt gestürzten ungarischen Räteregierung, darunter auch Béla Kun, sowie einer Anzahl ihrer Angehörigen, den Aufenthalt in Deutschösterreich gestattet, um zu vermeiden, daß ihr weiteres Verbleiben in Budapest Anlaß zu Ruhestörungen und unnötigem Blutvergießen geben könnte«. — Die Aufnahme Béla Kuns und seiner Genossen habe in Wien »wenig Sympathie erweckt«, heißt es dann weiter; die Presse weise darauf hin, daß eine freie Republik zwar politischen Flüchtlingen Asyl gewähren solle, daß aber auch eine »Asylpflicht« bestehe, und ob die von Béla Kun und seinen Anhängern respektiert und die ihnen gewährte Gastfreundschaft nicht mißbraucht werde, darüber könne man durchaus nicht beruhigt sein. — Des weiteren äußert sich der Berichtende zu dieser problematischen Sache dahin, daß er indirekt gehört habe, die deutschösterreichische Regierung habe dem Ansuchen um diese Asylgewährung erst unter gewissen Drohungen der österreichischen Kommunisten statt gegeben und der Wiener Polizeipräsident habe die Gewähr übernommen, daß die Flüchtlinge an Orte gebracht würden, wo sie niemand vermuten werde und von denen aus sie keine Möglichkeit zu agitatorischer Tätigkeit haben würden.

Interessant ist es demgegenüber in einem anderen Bericht vom 7. August etwas vom Verhalten der deutschösterreichischen Regierung im Falle der vor dem kommunistischen Regime in Budapest nach Österreich geflüchteten Ungarn zu hören:

»Das Staatsamt des Innern hatte im Juni Weisung gegeben«, heißt es da, »daß alle Ungarn, die sich nicht schon seit März 1919 in Deutschösterreich aufhielten, zum Verlassen des Landes veranlaßt werden sollten. Die auf Grund jener Weisung bisher in Niederösterreich getroffenen Maßnahmen sind wegen des Mangels an Energie bei den Behörden und des passiven Widerstandes der Ungarn nicht wirksam geworden. Infolge der Ernährungsschwierigkeiten und der zunehmenden Mißstimmung der Bevölkerung gegen die aufreizende verschwenderische Lebensführung eines Teils der in den letzten Monaten in Massen besonders nach Wien geflüchteten Ungarn hat nunmehr der Landeshauptmann unter Androhung von Arreststrafen und zwangsweiser Abschaffung aller erst nach dem 1. März 1919 nach Niederösterreich zugezogenen ungarischen Staatsangehörigen aufgefordert, bis längstens 5. August Deutschösterreich zu verlassen.« —

Im ersterwähnten Bericht vom 7. August wurde des weiteren von der Kurzlebigkeit der neuen Regierung in Budapest gesprochen. Bereits am 6. August seien die neuen Minister »zum Rücktritt gezwungen worden«,

um einer von den Westmächten gesteuerten neuen Regierungsbildung Platz zu machen. »Doch haben die wenigsten erwartet... daß ein Mitglied des Hauses Habsburg zur höchsten Gewalt in Ungarn gelangen könnte. Man behauptet... die Westmächte hätten zunächst beim Kaiser Karl angefragt; dieser habe aber abgelehnt mit der Begründung... daß es für ihn schwer sei, als ehemaliger Kaiser von Österreich und König von Ungarn nur mehr die Rolle eines Verwesers in Ungarn zu spielen. Darauf sei der Versuch gemacht worden, den Herzog Max von Hohenberg, den Sohn des ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand, für das Amt eines Verwesers in Ungarn zu gewinnen; auch diese Verhandlungen seien ergebnislos geblieben, worauf dann die Berufung des Erzherzogs Josef erfolgt sei...« der Bericht schließt mit der Mitteilung, daß der neue Verweser »den früheren Staatssekretär für Heerwesen Stephan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannt« und die einzelnen Ministerstühle mit fachkundigen älteren Beamten bzw. Hochschullehrern besetzt habe. »Es handelt sich hier um ein provisorisches Ministerium; ein neues Kabinett soll nach Anhörung der Bürgerschaft, des ackerbautreibenden Volkes und der Arbeiterschaft gebildet werden«. — Am 12. August ergänzte Beschwitz diese Mitteilungen durch die namentliche Aufzählung der einzelnen Mitglieder des neuen Kabinetts und fügte die Bemerkung bei, als erste gesetzgeberische Maßnahme habe die neue Regierung »die Aufhebung aller Verfügungen der Räteregierung über die Übernahme des Grundbesitzes in öffentliches Eigentum verfügt«.

Die Tatsache, daß nun ein Landesverweser aus dem Hause Habsburg auftrat, beunruhigte alle überzeugten Demokraten und Republikaner nicht nur in Ungarn selbst, sondern nicht wenig auch die dementprechenden Kreise in Deutschösterreich und die ganze öffentliche Meinung in der Tschechoslowakei.

»Aus der Tatsache, daß Erzherzog Josef an die Spitze der Regierung in Budapest getreten ist«, schrieb Beschwitz am 14. August, »hat man hier vielfach den Schluß gezogen, die Entente beabsichtige eine Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn und denke womöglich auch daran, in Deutschösterreich den Habsburger Thron wieder aufzurichten«. Es seien Vermutungen im Umlauf, daß Frankreich »die Bildung eines neuen Österreich-Ungarn unter dem Namen einer Donaukonföderation« anstrebe und daß »die Entente mit dem Kaiser Karl besondere Absichten haben müsse«, da der Ex-Monarch in seinem Exil sowohl in pekuniärer Hinsicht wie auch durch sonstige Gunstbezeugungen, zumal seitens des englischen Königs, sich einer durchaus wohlwollenden Haltung der Westmächte erfreue. Manch einer sähe im Geiste bereits »Kaiser Karl als neuen Herrscher von der Entente Gnaden seinen Einzug in Wien halten«. Indessen seien nach sicheren Informationen solche Vermutungen unbegründet. Der Entente gehe es nur darum, in den besiegten Ländern Ruhe zu bekommen und im Falle Ungarn sei der ganzen Lage nach dies am besten durch Einsetzung des Erzherzogs Josef als Regenten zu erreichen gewesen. Von Deutschösterreich wisse man in Ententekreisen genau, daß eine dortige Restauration der Habsburger »ein sehr riskanter Versuch«

sei. »Es würde«, meint der Berichtsautor, »zu blutigen Kämpfen kommen... die Masse der Bevölkerung und mit ihr die Volkswehr würde jeden in dieser Richtung unternommenen Versuch mit allen Mitteln vereiteln. Und daß die Entente ihrerseits Truppen herbeiholt und einsetzt, ist kaum anzunehmen«... Der Hinweis auf Ungarn sei nicht stichhaltig, dort handele es sich um einen »durch die Mißwirtschaft der Räte« gründlich notwendig gewordenen Wechsel, um überhaupt wieder Ordnung zu schaffen... »Zudem befanden sich die rumänischen Truppen in der Stadt, die jeden Widerstand der roten Gardisten unterdrücken konnten. — Es erscheint mir daher als nicht richtig, wenn in der hiesigen Presse der Linken die ‚monarchistische Gefahr‘ als drohend hingestellt wird, und man in der Verweserschaft des Erzherzogs Josef einen ‚Vormarsch der Habsburger‘ erblicken will«.

Der entschiedenste Protest gegen die Vorgänge in Budapest aber kam aus der Tschechoslowakei; hier ging es nicht nur um die Verteidigung der republikanisch-demokratischen Regierungsprinzipien, sondern zugleich um die aus tschechisch-nationalistischer Wurzel entspringende Abneigung gegen das Haus Habsburg szechthn. In Massenversammlungen, die die tschechische sozialdemokratische Partei in diesen Tagen veranstaltete, wurden Treuegelöbnisse für die republikanisch-demokratische Staatsform abgegeben, dem Präsidenten Masaryk und der Regierung Tusar ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen, und in einem Teil der niedergelegten Resolution, wie Beschwitz am 14. August berichtet, folgendes an die Adresse der Entente gerichtet:

»Wir ertragen es schwer..., daß in Magyarien der gegenrevolutionäre Umsturz unter dem Schutz der rumänischen Armee und unter Teilnahme von Ententewürdenträgern vor sich ging. Das tschechische sozialistische Volk warnt die verantwortlichen Politiker des Vierverbandes vor der Wiederaufrichtung der habsburgischen Monarchie in Magyarien und Österreich. Die Aufrichtung des habsburgischen Thrones in unserer Nachbarschaft würden wir als Verrat an der Idee, in deren Namen der Westen den Krieg gegen den Militarismus und Kaiserismus der Zentralmächte geführt hat, betrachten«.

Als Ergänzung zu dieser Protestresolution hört man im Beschwitz-Bericht vom 21. August, daß in Böhmen auch die deutschen Sozialdemokraten lebhaft »gegen die reaktionären Bestrebungen« in Ungarn Stellung nahmen. In noch um einiges zugespitzteren Formulierungen als bei den tschechischen Sozialdemokraten wurde da in einer Massenversammlung in Prag wiederum eine Resolution niedergelegt, in der es u. a. hieß, die Versammelten seien empört... »daß in Ungarn... die verbrecherische mit ungeheurer Blutschuld beladene Habsburgersippe sich wieder zu brutalster Macht... emporrecken will«..., die »proletarischen Brüder in Ungarn sollen durch die kapitalistisch imperialistische Ententepolitik um die Früchte der Revolution betrogen werden« und: die Nachbarländer Ungarns würden der »großen Gefahr« ausgesetzt, sich aufs Neue »der Habsburgischen Blutherrschaft« beugen zu müssen.

Aus dem Bericht vom 14. August ersieht man noch, daß das Problem ‚Deutschwestungarn‘ trotz der Änderung der Regierungsverhältnisse in Budapest von Deutschösterreich noch immer nicht als bereinigt angesehen wurde. Eine Entschließung im ‚Hauptausschuß der Nationalversammlung‘ in Wien, die von Beschwitz wörtlich aufgenommen wurde, zeigt, daß die Deutschösterreicher sich als die für dieses Gebiet zuständige Ordnungsmacht ansahen und entsprechende Vollmachten bei der Entente dazu erstrebten »bis das deutschwestungarische Volk selbst durch Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle über seine staatliche Zugehörigkeit entschieden hat«.

Sieht man näher in die sich verhältnismäßig dicht folgenden Berichte vom Monat August hinein, so wird man vor allem in dem Eindruck bestärkt, daß nach dem Sturz der kommunistisch dirigierten Räteregierung in Ungarn selbst ein Durcheinander entstanden war, in das Klarheit und neue Zuversicht zu bringen einfach nicht gelingen wollte. Das bereits am 15. August schon wieder umgebildete Kabinett Friedrich fand abermals keinen festen Boden unter den Füßen, denn der Versuch den Wünschen der Ententemächte gemäß eine von den Sozialdemokraten mitzutragende Koalitionsregierung auf die Beine zu bringen schlug fehl. Zunächst war es seitens der Sozialdemokraten, die wie die Berichte vom 16. und vom 21. August meldeten, die Ministerien für Handel, Ernährung und Volkswohlfahrt übernehmen sollten, nur ein Zögern: »Sie sind . . . bisher nicht in das Kabinett eingetreten, indem sie Anstoß daran zu nehmen scheinen, daß Erzherzog Josef als Verweser an der Spitze der Regierung steht«, heißt es dazu am 16. August, wo weiter gesagt wird, daß das neue Kabinett nur als Provisorium für 5 bis 6 Wochen gedacht sei, weil dann mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung eine neue Situation gegeben sei; jetzt handele es sich nur darum die »Ordnung in Ungarn« wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten; auch wolle sich, weil »sie ihre weitere Tätigkeit als überflüssig erachte«, die antikommunistische Gegenregierung — die sog. Szegediner Regierung — nunmehr formell auflösen.

Während dann im Bericht vom 21. August, mit dem u. a. die Namensliste des neuen Kabinetts mitgeteilt wurde, noch einmal vom weiteren Andauern der Beitrittsverhandlungen mit den Sozialdemokraten die Rede war, wurde am 22. das negative Resultat dieser Verhandlungen mitgeteilt; zu der verworrenen Lage in Budapest bringt dieser Bericht dann eine nähere Schilderung:

»Die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten hat in doppelter Richtung besondere Bedeutung: einmal für das Weiterbestehen des Kabinetts überhaupt. In ihrer jetzigen Zusammensetzung erfüllt die Regierung die Erwartungen nicht, die man allgemein gestellt hatte, nämlich die eines Zusammenwirkens der drei schaffenden Berufsarten Bürger, Bauern, Arbeiter. Die Entente wird vermutlich eine Regierung, in der die Sozialdemokraten fehlen, nicht anerkennen. Zweitens hinsichtlich des Verbleibens des Erzherzogs Josef an der Spitze des Landes, da sich die Ablehnung der Sozialdemokraten bekanntlich unmittelbar gegen die Per-

son des Verwesers richtet, mit dem sie nicht zusammenarbeiten will. Aus Budapest kommen denn auch täglich Gerüchte über einen Kabinettsrücktritt bzw. einen Verzicht des Erzherzogs...«

Die undurchsichtigen Verhältnisse blieben auch in den September hinein bestehen. Der inzwischen zur Ausübung seines Amtes in die Gesandtschaft zurückgekehrte Dr. Benndorf berichtete darüber am 3. September:

»Die Entente verlangt, daß das erst seit den letzten Augusttagen am Ruder befindliche ungarische Kabinett Friedrich zurücktritt. Das Verlangen wird damit begründet, daß in dem Kabinett nicht alle großen Parteien, insbesondere nicht die Sozialdemokraten, vertreten seien. — Der Ministerpräsident Friedrich, ein Industrieller, hat seinen Rücktritt zunächst sehr energisch abgelehnt, weil die erdrückende Mehrheit des ungarischen Volkes hinter ihm stehe und übrigens niemand vorhanden sei, dem eine neue Kabinettsbildung gelingen würde. Neuerdings hat sich Friedrich aber zum Rücktritt bedingt bereit erklärt; nämlich unter der Voraussetzung, daß der etwaige neue Ministerpräsident verspreche, die Wahlen noch im September durchzuführen, die unverzügliche Aufhebung der Okkupation Ungarns zu betreiben und endlich die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Geld sogleich sicherzustellen.«

Im gleichen Bericht wird dann von einem erneuten Regierungsbildungsversuch, nämlich durch den Handelsminister Heinrich, gesprochen, der aber bereits gescheitert sei, u. a. deshalb weil sich herausgestellt habe, daß die dazu mit vorgesehenen Sozialdemokraten in zu engen Beziehungen zu Béla Kun gestanden hätten. Wenn keine unerwartete Wendung der Dinge einträte, werde die Entente selbst eine Regierung einsetzen oder aber das Kabinett Friedrich müsse doch noch von ihr anerkannt werden.

»Friedrich stützt sich auf die ‚Parteien des christlichen Ungarn‘, heißt es dann weiter, »die sich vorgestern zu einer einheitlichen neuen Partei zusammengeschlossen haben. Außer ihr und der sozialdemokratischen Partei, die seit dem letzten Umsturz Scharen von ‚Opportunitätsgegnossen‘ verloren hat und noch verliert, bestehen jetzt in Budapest wohl noch an die 20 kleinere Parteien. Von diesen haben sich gestern einige zu einem ‚liberalen‘ Block unter der Bezeichnung ‚Bürgerliche Landesfriedenspartei‘ geeint (Balogy). Diese Partei, die nach rechts gegen die Reaktion, nach links gegen den Umsturz wirken zu wollen angibt, dürfte aus nicht-bolschewistischen, ententefreundlichen Juden bestehen«. Der Kampf der Regierung Friedrich richte sich ebenso sehr wie gegen den Bolschewismus gegen das Judentum... »Juden waren nicht nur die ungarischen Bolschewiken, — Juden waren auch die Großkapitalisten, die zur Zeit des alten Regimes im Verein nur mit einigen wenigen Magnaten die Budapester Machthaber waren.« — Die Bevölkerung von Budapest sei zu 21 % jüdisch wie ja das Bürgertum Ungarns »fast ausschließlich jüdisch« sei. Trotz des tiefen Judenhasses der Magyaren, der sich neuerdings hier und da und vor allem in Westungarn wiederum in Progromen entladen habe, sei der Ausgang des Kampfes zwischen dem christlichen

und dem jüdischen Ungarn recht zweifelhaft; dies gelte auch im Hinblick auf die Haltung der Entente, die den Antisemitismus der Regierung ablehne; und welchen Rückhalt das Kabinett Friedrich bei den Rumänen, »den eigentlichen Herren Ungarns«, findet, ließe sich nicht klar feststellen. Sicher sei aber, daß in Budapest und Bukarest die »Frage eines rumänisch-ungarischen Bündnisses aufgetaucht ist und hinter den Kulissen sehr lebhaft diskutiert wird. Bei dem Interesse, das Italien an einem solchen Bündnis haben würde, ... darf wohl angenommen werden, daß bei der Diskussion der Bündnisidee auch die Italiener eine aktive Rolle spielen. Das Bündnis, das bei den Monarchisten beider Staaten angeblich sehr viel Anklang finden würde ... würde seine Front gegen Jugoslawien richten (serbisch-rumänischer Streit um das Banat, kroatisch-ungarische Antagonie etc.) und vielleicht auch gegen die Tschechen (Slowakei)«.

Zur Frage, wie es inzwischen den Anfang August gestürzten Kommunisten erging, bringt Benndorfs Bericht vom 10. September eine kurze Darstellung. Wörtlich heißt es:

»Die große Untersuchung gegen die Kommunisten nähert sich ihrem Abschluß. Das reiche Material ist fast gänzlich gesichtet, so daß die erste öffentliche Hauptversammlung vielleicht schon Ende September stattfinden kann. Es besteht die Absicht, alle der Vorbereitung oder Unterstützung der Räteregierung beschuldigten Personen in einem Monsterprozeß zur Aburteilung zu bringen. Die Zahl der Beschuldigten ist überaus groß. In Budapest befinden sich über dreieinhalbtausend Personen in Haft. Die Zahl der Verhafteten in der Provinz erreicht fast 15.000. Auch gegen diese soll der Prozeß in Budapest durchgeführt werden.«

Im dann am 18. September folgenden Bericht wurde ein Artikel des »Neuen Wiener Abendblattes« vom 17. Sept. überreicht, der unter der Überschrift »Das Chaos in Ungarn« Einzelheiten von der Ziellosigkeit und dem Durcheinander sowohl auf der Regierungsebene wie im sonstigen innerpolitischen Bereich Ungarns brachte: Friedrich, der ohne Anerkennung durch die Entente regiere, weigere sich abzutreten, obwohl niemand die Anordnungen seines Kabinetts beachte. Aber auch die Gegner Friedrichs im bürgerlichen und sozialdemokratischen Lager seien sich nicht einig darüber, wer Nachfolger Friedrichs werden könnte. Die sozialdemokratische Partei verliere Massen von Mitgliedern an die christlich-soziale Partei, die allein in einer Woche einen Zuwachs von 300 000 Mitgliedern bekommen habe.

Nach außen hin machte sich unter der Vielzahl strittig gebliebener Fragen das nach wie vor offene Problem »Slowakei« immer wieder bemerkbar. Benndorf schrieb dazu am 27. September, daß die Abneigung der Slowaken gegen die tschechische Herrschaft beständig zunehme. Ursachen seien u. a. die Besetzung der Ämter mit Tschechen, Eingriffe in das Schulwesen, fortwährende Requisitionen ohne hinreichende Entschädigung und eine im allgemeinen die Slowaken beleidigende hochmütige Behandlung der Bevölkerung als minder kultivierte Menschen. So neige die Mehrheit des slowakischen Volkes zur Schaffung einer autonomen

Slowakei, die an Ungarn angegliedert werden solle. Diese antitschechische Separationsbewegung werde innen vor allem vom römisch-katholischen Klerus und der »von Haß gegen das Tschechentum erfüllten Intelligenz« geführt, von außen käme Stützung von den »Ungarn, die natürlich das lebhafteste Interesse an der Wiedervereinigung mit der Slowakei haben«, aber auch von Polen, das seine südlichen Grenzen nicht von einer tschechisch beherrschten Slowakei versperrt sehen möchte.

Zur inneren Lage in Ungarn und den dabei obwaltenden Schwierigkeiten, insbesondere auch zu dem Problem der rumänischen Besatzung und sonstigen Beziehungen zu Rumänien wurde weiterhin mit dem Bericht vom 2. Oktober Ausführliches dargelegt. »Die große Masse der Landbevölkerung« stehe geschlossen hinter der jetzigen Regierung des »Christlichen Blocks«, die sozialdemokratische Partei schrumpfe weiterhin zugunsten der christlich-sozialen Partei, die Stimmung im Lande sei »unverändert stark antisemitisch, wenn schon die heftigen Ausbrüche des Judenhasses unter der mäßigenden Einwirkung der Regierung (die neuerdings sogar wieder Verbindung mit dem jüdischen Großkapital sucht) in der letzten Zeit aufgehört haben«. Im übrigen, fährt der Berichtende fort, mache sich »die von rumänischer Seite unterstützte monarchistische Propaganda« mit gutem Erfolg bemerkbar und es sei »möglich, ja wahrscheinlich, daß sie« über kurz oder lang auch ihr Ziel erreicht.

Des weiteren wird in breiteren Schilderungen das widersprüchliche Verhalten der Rumänen gegen Ungarn dargelegt. Einerseits bedrücke die rumänische Besatzung das Land »sehr hart« und nehme weg, »was von der Zeit der Bolschewikenherrschaft her noch übrig ist«. Fast alle Fabriken seien unter Wegführung der Maschinen und Entwendung der Kupfer- und Messingteile demontiert worden, wodurch die Industrie produktionsunfähig »und beinahe die gesamte Fabrikarbeiterschaft Ungarns (200 000 Arbeiter) arbeitslos gemacht« worden sei; eigenmächtige Requisitionen und andere fortwährende Übergriffe seitens des rumänischen Militärs seien an der Tagesordnung und verärgerten auch die nicht-industrielle Bevölkerung. Andererseits aber werde »der Plan eines späteren rumänisch-ungarischen Bündnisses auf wirtschaftlicher Grundlage zwischen den Politikern beider Länder eifrig diskutiert«. Die treibende Kraft dabei seien die Rumänen, die »sehr stark unter italienischem Einfluß« stünden. Auch die ‚dynastische Frage‘ spiele dabei eine große Rolle.

Was diese Bündnisverhandlungen betreffe, so stünden die Mitglieder des Kabinetts Friedrich diesen »ziemlich kühl gegenüber«; doch gebe es im übrigen genug Anhänger der Bündnis-Idee, sodaß das künftige ungarische Parlament den Plan eben doch möglicherweise verwirklichen werde. Die Aussichten, daß Parlamentswahlen stattfänden, seien neuerdings wieder gestiegen. Man denke angesichts der in dieser Hinsicht erfolglosen Bemühungen der Regierung Friedrich jetzt vielerseits daran, »dort wieder anzuknüpfen, wo die parlamentarische Entwicklung durch die Revolution abgerissen worden ist, und den alten ungarischen Reichstag, der am 16. November 1918 auseinandergegangen ist, wiedereinzuberufen. Der Reichstag soll lediglich ein Wahlgesetz auf breitester Grundlage beschließen und sich dann endgültig auflösen«. Diese Anregung, so heißt

es abschließend, habe allgemein, auch bei der Regierung Friedrich, Anklang gefunden und werde wahrscheinlich auch ausgeführt werden, wenn nicht wiederum neue Hindernisse sich in den Weg stellen.

Monarchie oder Republik?

In Ergänzung dieses auf mehrere wichtige Seiten der inneren Verhältnisse eingehenden Berichts ließ Benndorf am 3. Oktober noch eine kleine, aber recht aufschlußreiche Dokumentation zur propagandistischen Betätigung der ungarisch-monarchistischen Bewegung folgen. Es handelt sich um einen Artikel in der »Reichspost« vom 3. Oktober mit dem Titel »Für die Wiedererrichtung des ungarischen Königtums«. Darin wurde ein Aufruf der »Partei des Ungarischen Königtums« auszugsweise zitiert; es heißt da:

»Die wichtigste Aufgabe der Nationalversammlung wird die Feststellung der Staatsform sein. Wünschen wir, daß nach der Präsidentschaft Michael Károlyis und nach der Räterepublik auch weiterhin die republikanische Staatsform aufrecht bleibe oder daß wir den Traditionen der vielhundertjährigen ungarischen Nation entsprechend einen würdigen Nachfolger mit der Krone des heiligen Stephan auf den Thron setzen? Wir sind fest überzeugt, daß das Schicksal unseres Vaterlandes erst dann auf dem Ruhepunkt anlangen und seine Fortentwicklung nur dann gesichert sein wird, wenn wir nach Jahrhunderten von unserem Königswahlrecht Gebrauch machen und einem gekrönten Haupt die Tore der Ofener Burg öffnen. Die Wahl des Königs wollen wir der weisen Einsicht der Nationalversammlung überlassen«.

Ein anderes für die in Ungarn inzwischen eingetretene Lage bezeichnendes Dokument, sozusagen das Gegenstück zu dem monarchistischen Aufruf, sandte Benndorf am 6. November nach Dresden. Es war der in der Wiener »Arbeiterzeitung« vom 5. Nov. veröffentlichte Text einer der Resolutionen von einem Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten. Unter der Überschrift »Für das ungarische Proletariat« wurde da »gegen den weißen Terror in Ungarn« protestiert und »die monarchistische Konterrevolution in Ungarn als eine Bedrohung der Republik und der Demokratie aller Nachfolgestaaten der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie erklärt«. Gefordert wurde »die Kooperation der sozialdemokratischen Parteien aller Nachfolgestaaten gegen die monarchistische Konterrevolution in Ungarn«. Appelliert wurde »an die Sozialisten und Arbeiter Englands, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Italiens, die konterrevolutionäre Politik einzelner Ententemächte in Ungarn zu bekämpfen und zu durchkreuzen.« Dann folgte die Aufforderung an den österreichischen Staat, den verfolgten ungarischen Revolutionären Asyl zu gewähren, und an die österreichische Arbeiterschaft, »die Opfer der ungarischen Konterrevolution werktätig zu unterstützen«. Abschließend heißt es wörtlich:

»Der Parteitag protestiert insbesondere auch gegen das Wüten der weißen Garde Horthys in Westungarn. Er fordert die Regierung auf, alles auf-

zubieten, um die Räumung Deutsch-Westungarns durch die konterrevolutionäre magyarisches Armee durchzusetzen und Deutsch-Westungarn das Selbstbestimmungsrecht zu sichern«.

Mit diesen Verlautbarungen wurde der Kurs, in den Ungarn immer entschiedener hineinsteuerte, deutlich erkennbar. Nach mühsam überstandenen Zeiten eines ‚roten Terrors‘ war nun der ‚weiße Terror‘ in Ungarn eingezogen als ein Charakteristikum der heraufziehenden monarchie-freundlichen konservativen Folgezeit.

»Nach allen neueren Berichten kann man kaum mehr zweifeln, daß in absehbarer Zeit die Ungarn wieder einen König haben werden«, begann der Bericht vom 7. November; zwar seien die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung noch immer nicht zum Ziel gelangt, doch kläre sich »die bisher völlig verworrene Lage unter Einfluß des Entente-beauftragten Sir George Clark und neuerdings Nicolaus v. Horthy« jetzt rascher. Vielleicht werde schon bald ein Kabinett existieren, in dem alle großen Parteien vertreten sind. Horthy, der frühere Flügeladjutant Kaiser Karls, sei jetzt »der mächtige Oberkommandant der ausgezeichnet disziplinierten ‚Nationalen Armee‘ Ungarns (in der übrigens auch zahlreiche deutschösterreichische und kroatische Offiziere dienen)«; die meisten Aussichten Ministerpräsident zu werden scheine Graf Bethlen, ein Freund Stefan Tizsas, zu haben, während der jetzige Regierungschef Friedrich wahrscheinlich nur eines der wichtigeren Portefeuilles erhalten werde. Nach Einberufung des alten Reichstags werde ein neues Wahlgesetz beschlossen werden und nach den dann folgenden Wahlen »dürfte dann die Monarchie proklamiert werden«. Jedoch sei, obwohl Gerüchte dieser Art umgingen, nicht sicher, daß Erzherzog Otto, des letzten ‚Trägers der heiligen Stefanskronen‘ ältester Sohn, die Königskrone erlangen werde. —

Die weiteren Teile dieses breit angelegten Berichtes vom 7. November erstrecken sich auf Betrachtungen zu den Wirkungen, die inzwischen von dem so stark aufgelebten ungarischen Monarchismus auf Deutschösterreich ausgingen. Bei der Erfolglosigkeit der bisherigen politischen Führung dort steigere sich spürbar in vielen Landesteilen und verschiedenen gesellschaftlichen Schichten eine monarchiegeneigte Stimmung. Doch sei im Falle Deutschösterreich trotz der »routinierten Agitation« der monarchistischen Christlich-Sozialen dort mit der Möglichkeit eines »baldigen erfolgreichen monarchistischen Vorstoßes . . . gewiß nicht zu rechnen«; immerhin solle man sich bei der sozialdemokratischen und bürgerlich-demokratischen Presse aber vor einer Unterschätzung der »Initiative und Wirkungskraft des katholischen Priesters, der hier seine Hand im Spiele hat« hüten. Auch in Kroatien und in der Slowakei sei diese eifrig politisierende Priesterschaft in diesem Sinne am Werk. Was die Slowakei im besonderen angehe, so wäre dort schon wegen des zunehmenden Mißmutes gegen die als Herren der Verwaltung auftretenden protestantischen Tschechen der Boden für eine erfolgreiche Agitation der katholischen Klerus sehr gut vorbereitet und ein gar monarchisches Ungarn stehe dort in höchster Gunst, »da ja die Slowaken selbst größtenteils Monarchisten

sind«. — In ausgedehnten Abschnitten wird dann weiter von den Widerstandsbewegungen der Slowaken, bei denen u. a. der Pfarrer Hlinka verhaftet worden sei, gegen die tschechische Willkürherrschaft gesprochen und nebenher auch gesagt, daß dieser Widerstand sich inzwischen auch auf »die unter tschechischer Herrschaft stehenden ungarischen Ruthenen« ausgedehnt habe, die ihren natürlichen Interessen nach »Anschluß im Osten suchen«.

Etwas stabiler als im Nordosten Ungarns, wenn auch keineswegs völlig durchgeklärt, sahen sich die nachbarschaftlichen Verhältnisse auf der andren Seite, nach dem neuen Jugoslawien hin, an. Die in dem neuen Balkanstaat zwischen serbischem Zentralismus und kroatisch/slowenischen Föderalismus bestehenden starken Spannungen, von denen im Zusammenhang mit noch andren jugoslawischen Problemen Benndorf bereits in einem sehr ausführlichen Bericht vom 6. Februar gesprochen hatte, berührten ungarische Interessen insofern als das bis zum Ende der Habsburger Monarchie bei Ungarn befindliche Kroatien/Slowenien nun den Zwang, sich den kulturell ganz andersartigen Serben fügen zu müssen, als viel lästiger empfand als die in der Vergangenheit gegenüber den Ungarn bestehenden Differenzen. Bei seinen Betrachtungen zu den innerjugoslawischen Verhältnissen, die Benndorf nun im Bericht vom 11. November fortsetzte, schrieb er zu der Frage des weiterhin drohenden Auseinanderfallens des kaum gegründeten jugoslawischen Staatswesens: »Nach welcher Seite sich der monarchistisch gesinnte, streng katholische Kroatgebebenenfalls abkehren würde, kann nicht zweifelhaft sein, — vollends nach dem Sieg der Monarchistisch-Klerikalen im benachbarten Ungarn. Tatsächlich haben sich zwischen Budapest und Agram bereits Fäden angeknüpft. Seinen alten Ungarnhaß scheint der Kroatgebebenen will es seinem ausgeprägten Stolz erträglicher erscheinen, sich an Ungarn anzulehnen, als sich dem Serben zu unterwerfen, der ihm nur durch größere Volkszahl und äußere Macht überlegen ist, und dessen Name noch ausschließlich der Name eines Schweinehirten war, als schon längst ruhmreiches kroatisches Königtum hohe Geltung im Balkan genoß. — Abgesehen davon, daß die Slowenen zum großen Teil freisinnig sind und die panserbischen Bestrebungen auf religiösem Gebiet lediglich vom nationalen Gesichtspunkt aus betrachten, gilt für das slowenisch-serbische Verhältnis fast dasselbe wie für die Beziehungen zwischen Kroaten und Serben... im Falle eines kroatischen Abfalls von Serbien dürften die Serben bei ihrer räumlichen Trennung keinesfalls ein gemeinsames Staatswesen mit den Slowenen aufrechterhalten können, und diese wären zum Anschluß an Ungarn (oder Österreich) genötigt.«

Was schließlich den südöstlichen Nachbarn, die Rumänen, betrifft, so waren die Beziehungen Ungarns dorthin vor allem dadurch gekennzeichnet, daß große Teile des Landes — und im Zuge des Zusammenbruchs der Räteregierung im Sommer 1919 auch noch die Hauptstadt Budapest — von rumänischen Truppen besetzt worden waren, daß ferner bei aller korrekten Haltung der Rumänen nach außen und ihrem offiziellen Erörtern eines künftigen rumänisch-ungarischen Zusammengehens im Rah-

men von bündnisartigen Verträgen diese Besatzungsverhältnisse rücksichtslos von den Rumänen genutzt wurden zur Ausplünderung des restlich bei Ungarn gebliebenen Gebietes, dies sowohl im Bereich der Landwirtschaft wie der Industrie¹³. Als nun um Mitte November offenbar genug demontiert, eingesammelt und nach Rumänien abtransportiert war und zum anderen es so schien, daß mit der zunehmenden Stärkung des konservativ-monarchistischen Lagers in Ungarn stabilere Regierungsverhältnisse nun bald zu erwarten waren, zogen die Rumänen es vor, Budapest zu räumen. Benndorf gab mit dem Bericht vom 13. November dazu Mitteilung, wieder einmal in der Form, daß er einschlägige Pressemeldungen sprechen ließ. Von diesem nach Dresden gesandten Zeitungsausschnittmaterial ist vor allem der Abdruck einer ‚Proklamation des rumänischen Oberkommandos‘ vom 10. November interessant, die — unterzeichnet von General Mardaescu als Oberkommandierendem und Minister Diamandi als Bevollmächtigten der rumänischen Regierung — wiederum in höchst korrektem und kühl-neutralen Ton gehalten nichts von dem verrät, was man an wirtschaftlichem Großschaden in Ungarn zurückließ.

Die Form durch Überreichung von Zeitungsmeldungen die wichtigsten Ereignisse mitzuteilen behielt Benndorf auch bei, als wenige Tage später nach Abzug der rumänischen Besatzungstruppen die ‚nationale Armee‘ Ungarns mit dem Oberkommandierenden von Horthy an der Spitze ihren feierlichen Einzug in Budapest hielt und von großen Teilen der Bevölkerung dort mit heller Begeisterung begrüßt wurde (Bericht vom 18. November).

Nimmt man zur Meldung dieses für Ungarn epochemachenden Ereignisses noch das hinzu, was Benndorf am 27. November nach Dresden gehen ließ, so rundet sich der Eindruck ab, daß nun endlich, wenn auch auf Kosten der Entfaltung der überzeugt demokratisch-republikanischen Kräfte, stabilere politische Verhältnisse im restlich verbliebenen Ungarn sich auszubreiten begannen; es heißt da:

»Der neue Ministerpräsident Huszár ist ein intimer Freund des bisherigen Ministerpräsidenten Friedrich. Friedrich nimmt in dem neuen Kabinett die Stellung des Kriegsministers ein. — Daß alle Parteien, auch die Sozialdemokratie, in der neuen Regierung vertreten sind, wird annehmbar keineswegs verhindern, daß Huszár die christlich-nationalistisch-monarchistische Politik Friedrichs fortsetzt.«

Hinter der lichten Fassade dieser sich mit einem deutlichen konservativen Akzent vollziehenden Stabilisierung, von der wohl infolge der vielen enttäuschenden Experimente und Umstürze des verflossenen Jahres

¹³ Von diesen Vorgängen war schon im Bericht vom 2. Oktober die Rede (vgl. oben); nun, am 13. November, fügte B. einen Artikel des Budapester Vertreters der Wiener »Reichpost« bei mit dem Titel »Wie die Rumänen in Ungarn hausten«. Danach wurden unübersehbare Mengen von Verkehrsmaterial und auch Industriematerial sowie Milchvieh und Pferde nach Rumänien verschleppt. Hier ging es wohl um »Revanche« für die 1916—1918 auch durch Ungarn erlittenen wirtschaftlichen Verluste der Rumänen.

sich in diesen Wochen der weitaus größte Teil des ungarischen Volkes eine kräftesammelnde Beruhigung und Ansätze zu neuem Aufstieg erhoffte, blieben aus den vergangenen turbulenten Monaten aber auch einige düstere Schatten zurück. Neben dem zuletzt vor allem von den Rumänen herbeigeführten wirtschaftlichen Chaos nahm, obwohl kaum noch Gefahr von dorthier drohte, die oft in zügellose Exzesse ausartende Verfolgung von Aktivisten und auch Mitläufern des bis Anfang August bestehenden kommunistischen Räteystems ihren Fortgang. Dieser »weiße Terror« — auch bei Benndorf so genannt — führte außerhalb Ungarns zu Protestbekundungen, von denen eine im Bericht vom 24. Dezember dokumentiert wurde. Wieder wurde hier ein Zeitungsteil überreicht, der den Aufruf des Parteivorstandes der deutschösterreichischen Sozialdemokratie »An die sozialistischen Parteien aller Länder« im Abdruck in der Wiener »Arbeiterzeitung« vom 23. Dezember wörtlich wiedergab. Diesem Text nach heißt es da u. a., täglich würden in Budapest Todesurteile gefällt und vollzogen. Hingerichtet würden nicht nur wirkliche Verbrecher, die den Bürgerkrieg zur Befriedigung ihrer Mord- und Raubgelüste benutzt hätten »sondern auch lautere Idealisten und ehrliche Revolutionäre«, die in einzelnen Fällen, wie z. B. Korvin, nachweislich »einen hartnäckigen Kampf gegen die verbrecherischen Exzesse des roten Terrors geführt und ihm viele seiner Opfer entrissen« haben. Zu diesem Aufruf bemerkt Benndorf in seinem Begleittext, es sei doch wohl »recht zweifelhaft, ob sich die ungarische Regierung, die erst kürzlich wieder die Auslieferung Béla Kuns und anderer ungarischer Bolschewiken von der österreichischen Regierung mit allen Nachdruck gefordert hat, durch diesen Aufruf wesentlich beeinflussen lassen wird.«

In einem anderen seiner letzten Berichte, die vor den nun, mit Jahresende, definitiven Einziehung der sächsischen Gesandtschaft noch entstanden, ging Benndorf noch einmal ausführlicher, von der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Situation der Tschechoslowakei her, auf gewisse zwischen den neuen Staaten des Donauraumes hin und her wirkende Probleme ein. Neben anderem wurde da gesagt, die Tschechen brauchten »ein von ihnen möglichst stark abhängiges Österreich auch Ungarn gegenüber, schon weil sie bei Abwehr einer etwaigen Besetzung der Slowakei durch Ungarn die Flanke frei haben möchten«; zwar habe sich durch tschechische Einwirkungen in letzter Zeit die slowakische Bewegung für die Wiedervereinigung mit Ungarn etwas abgeschwächt, umso lebhafter aber gehe in Ungarn jetzt das Verlangen nach Rückkehr der Slowakei zu Ungarn um. Die Tschechen seien durch »angeblich sehr starke ungarische Truppenansammlungen an der slowakischen Grenze« beunruhigt und wenn sie auch keine allzu gut gerüstete ungarische Armee zu fürchten hätten, so drohe doch gesteigerte Gefahr dadurch, daß Ungarn sich in letzter Zeit enger an Polen angenähert und sich mit dessen anti-tschechischen Interessen abgestimmt habe; das Aufkommen des Monarchismus in Ungarn habe zudem in Polen »einen starken Eindruck gemacht«. Eifersüchtig schauten die Tschechen auch auf Verhandlungen, die zwischen Deutschösterreich und Ungarn zur Abstimmung wechsel-

seitiger wirtschaftlicher Interessen sich angekündigt hätten; im übrigen würde neuerdings Ungarn als englische Einflußzone gelten wie z. B. auch die von den Engländern geleitete ‚Donaukommission‘ in Budapest ihren Sitz hätte; die Italiener, »die zur Zeit Béla Kuns sich so lebhaft und nicht ohne Erfolg um Ungarn bemüht haben«, hätten ihre Position anscheinend verloren.

Dieser Bericht vom 18. Dezember schließt mit dem Hinweis, daß die in Österreich an sich skeptisch angesehenen tschechisch-österreichischen Beziehungen, die vor allem auf wirtschaftlichen Interessen beruhten, nun auch einen politischen Akzent bekommen hätten, nämlich durch das gemeinsame Interesse der tschechischen und österreichischen Demokraten »gegenüber dem ungarischen Monarchismus, der ja so kräftige Wirkungen auf die Länder rings um Ungarn ausstrahlt«.